



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
28.08.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 21:03 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 17:30 Uhr
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 21:43 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 18:35 Uhr
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Mario Schaaf	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Rebecca Plassa	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN , Teilnahme bis 20:51 Uhr
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN , Teilnahme bis 21:37 Uhr
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Johannes Ernst	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle , Teilnahme ab 14:45 Uhr
Donatus Schmidt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
René Schnabel	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI , Teilnahme bis 18:50 Uhr
Dr.med. Detlef Wend	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI

Tom Wolter Dr. Silke Burkert	Fraktion MitBürger & Die PARTEI SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 21:46 Uhr
Eric Eigendorf Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 17:56 Uhr
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 21:46 Uhr
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 21:46 Uhr
Dr. Martin Ernst Beate Gellert Dr. Sven Thomas Andreas Wels Yana Mark	Fraktion Hauptsache Halle Fraktion Hauptsache Halle Fraktion Hauptsache Halle Fraktion Hauptsache Halle Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Olaf Schöder	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Johannes Menke	Stadtrat , Teilnahme ab 14:12 Uhr
Gernot Nette	Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier	Beigeordneter für Finanzen und Personal
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters
Ivo Schneider	Leiter Abteilung Liegenschaften
René Simeonow	amt. Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Steffen Johannemann	Leiter Untere Wasserbehörde / Untere Bodenschutzbehörde / Altbergbau
Christian Zeigermann	Leiter Abteilung Hochbau Schulen
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
----------------	--------------------------------

zu **Einwohnerfragestunde**

Frau Müller eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu **Frau Eichstädt zur Wasserentnahme am Hufeisensee**

Frau Eichstädt übergab als Initiatorin der Petition „Keine weitere Wasserentnahmen aus dem Hufeisensee für die Bewässerung des Golfplatzes“ Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand die Petition, welche von 1783 Menschen unterzeichnet wurde.

Bezugnehmend zum TOP 10.21 fragte sie, wann und wo die Daten erhoben wurden, die besagen, dass selbst eine Unterschreitung auf 91m NHN keine nachhaltigen Schäden für das Ökosystem Hufeisensee hat. Sie fragte, ob die Unterlagen eingesehen werden können.

Herr Rebenstorf bat Herrn Johannemann um eine Beantwortung.

Herr Johannemann antwortete, dass die Aussage zum Wasserstand von 91m NHN und den ökologischen Auswirkungen aus den jahrzehntelangen Wasserstandsentwicklungen am Hufeisensee mit Entnahmen resultiert, die deutlich über den bisher getätigten Entnahmemengen lagen, ohne dass sich dort entsprechende Schäden eingestellt haben.

zu **Herr Willamowski zum Stadtmarketing**

Herr Willamowski fragte, ob bei den Überlegungen, einen Doppeldeckerbus anzuschaffen auch die Barrierefreiheit Berücksichtigung findet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die Barrierefreiheit bei der Prüfung berücksichtigt wird. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit dem Behindertenverband intensiv.

Herr Willamowski fragte, ob geeignetes Personal vorhanden ist, um Blinde und Sehbehinderte durch die Stadt zu führen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die Stadtmarketing Halle GmbH (SMG) bestrebt ist, dies zu gewährleisten. Er sagte eine Vermittlung von Herrn Willamowski mit dem Geschäftsführer der SMG zu.

zu **Herr Wagner zur geplanten Kita auf der Silberhöhe**

Herr Wagner, Elternratsvorsitzender der Grundschule Hanoier Straße, sprach zum geplanten Kita-Neubau in der Theodor-Weber-Straße / Kreuzung Louis-Jentsch-Straße. Er fragte, ob auch eine andere Fläche für den Bau der Kita in Frage käme, das Bringen und Abholen der Kinder sei so nur schwer möglich. Außerdem fragte er, wie die Nutzung des Gartens erfolgen soll, der für Kita- und Hortkinder vorgesehen ist.

Frau Brederlow antwortete, dass sich auf der Fläche schon einmal eine Kita befand. Sie schlug einen gemeinsamen Termin mit dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten vor, um die geschilderten Themen und die Freiflächengestaltung zu erörtern.

zu **Herr Thomas zum Stadtbahnprogramm**

Herr Thomas fragte, wann die nächste Veranstaltung mit weiteren Informationen zur Stufe 3 des Stadtbahnprogrammes stattfinden wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Verwaltung die ersten Entwürfe dieses Jahr vorlegen wird, um dann sukzessiv mittels Bürgerbeteiligung einen Vorschlag zu erzielen.

zu **Herr Gadde zum Orgacid-Gelände Ammendorf**

Herr Gadde fragte nach dem weiteren Verfahren zum Orgacid-Gelände, speziell zur Grundwasserreinigungsanlage.

Herr Rebenstorf antwortete, dass eine gutachterliche Untersuchung beauftragt wird. Die Ergebnisse werden frühestens im Frühjahr 2020 vorliegen.

Herr Johannemann ergänzte, dass die Grundwasserreinigungsanlage auf dem Grundstück des Orgacid-Geländes steht, weil diese Fläche verfügbar war. Dort wird das chlorkohlenwasserstoffhaltige Grundwasser gereinigt.

zu **Herr Fritz zu Fraktionsgründungen**

Herr Fritz bezog sich auf eine von ihm durchgeführte Akteneinsicht in die Gründungsprotokolle der Fraktionen. Demzufolge hätte die Gründung der Fraktionen für die neue Legislaturperiode erst zum 03.07.2019 erfolgen können. Er fragte nach Möglichkeiten, diesen Fehler zu heilen. Weiter fragte er, ob von der Rechtsgültigkeit der Fraktionsgründungen ausgegangen wird und ob die gezahlten Fraktionsmittel entsprechend zurückgefordert werden.

Herr Schreyer antwortete, dass sich die Meldungen der Fraktionen auf den Fraktionszusammenschluss entsprechend der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse beziehen. Ein Fraktionszusammenschluss vor der konstituierenden Sitzung des Stadtrates ist möglich, damit die Fraktionsrechte bereits in der konstituierenden Sitzung des Stadtrates wahrgenommen werden können. Die Rechtspersönlichkeit als Fraktion trat erst mit der konstituierenden Sitzung des Stadtrates am 03.07.2019 in Kraft.

zu **Herr Gerhard zum Bürgergespräch August-Bebel-Platz**

Bezogen auf das Bürgergespräch am August-Bebel-Platz fragte **Herr Gerlach**, warum Vertreter des Stadtrates, gesprächsbereite Jugendliche und Presse von der Veranstaltung ausgeschlossen wurden.

Frau Ernst antwortete, dass es sich um eine Anwohnerversammlung handelte. Um diesen Termin haben Anwohner in einem Schreiben an den Oberbürgermeister gebeten. Die Anwohner wurden dazu eingeladen. Sowohl Medienvertreter als auch Stadträte haben daher keine Einladung erhalten.

Am 06.09.2019 wird um 18 Uhr auf dem August-Bebel-Platz eine öffentliche Dialogplattform stattfinden, zu der Interessierte eingeladen sind.

zu Frau Dr. Konopka zum Silvesterfeuerwerk

Bezogen auf einen Presseartikel über die Möglichkeit eines zentralen Silvesterfeuerwerkes in der Altstadt fragte **Frau Dr. Konopka**, warum es Fraktionen im Stadtrat gibt, die nicht für eine gesunde Umwelt und eine saubere Stadt Halle eintreten wollen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass sich alle Fraktionen des Stadtrates für eine saubere Umwelt und eine saubere Stadt Halle einsetzen. Hier speziell geht es um die Frage, welche Auswirkungen Feuerwerke haben. Diese Frage muss zunächst im Fachausschuss erörtert werden, bevor es eine Entscheidung im Rat gibt.

Frau Dr. Konopka sagte, dass auch private Böller zur Diskussion stehen sollten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dies im Rahmen der Beratung berücksichtigt wird.

zu Herr Dr. Hentschel zum Wohngebiet Glaucha

Herr Dr. Hentschel fragte, bezogen auf die Anwohnerqualität im Wohngebiet Glaucha, wie das Ordnungsamt Ordnung und Sicherheit durchsetzt, insbesondere mit Blick auf die Parksituation.

Frau Ernst antwortete, dass die städtischen Ordnungskräfte das Glauchaviertel regelmäßig bestreifen. Als Anwohner besteht zudem die Möglichkeit, die Leitstelle des Ordnungsamtes zu kontaktieren, wenn es diesbezüglich Probleme gibt.

Der Hinweis zur Sauberkeit am Pinguinbrunnen werde umgehend geprüft.

Es lagen keine weiteren Einwohnerfragen vor. **Frau Müller** beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die erste Stadtratssitzung der neuen und VII. Wahlperiode wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet.

Frau Müller sagte, dass der Einladung nicht alle Unterlagen beigelegt waren, so wie es die Geschäftsordnung des Stadtrates vorsieht, speziell der Tagesordnungspunkt 7.4. Sie fragte, ob einer der anwesenden Stadträte dies rügen möchte.

Herr Dr. Meerheim rügte den Tagesordnungspunkt 7.4. Die Vorlage sei erst seit heute 13 Uhr einsehbar.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Verwaltung die Zeit gebraucht habe, um das Konzept heute vorlegen zu können. Die Verwaltung wird das Liquiditätskonzept heute dem Rat vorstellen und anschließend in den Ausschüssen beraten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Müller stellte fest, dass der TOP 7.4 gerügt und somit von der Tagesordnung zu nehmen ist. Sie stellte unabhängig davon die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit, mit 53 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (92,98 %), fest.

Frau Müller verpflichtete im Folgenden Herrn Christoph Bernstiel, Frau Dr. Inés Brock und Frau Dr. Silke Burkert auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten. Alle drei waren zur konstituierenden Sitzung des Stadtrates am 03.07.2019 nicht anwesend.

Frau Müller verlas die Verpflichtungserklärung und bekräftigte dies mit einem Handschlag.

Anschließend folgte eine Schweigeminute zu Ehren des verstorbenen halleschen Kunstkritikers Herrn Hans-Georg Sehrt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Müller informierte, dass folgender Punkt von der Tagesordnung zu nehmen ist:

TOP 9.12

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung der App „HALLE SCHOCKT“
Vorlage: VII/2019/00151

➔ **wird im nicht öffentlichen Teil unter TOP 7.2 behandelt**

Weiterhin machte **Frau Müller** auf folgende Dringlichkeiten aufmerksam. Ihrem Vorschlag, die Dringlichkeitsanträge der Fraktionen im Block abzustimmen wurde nicht gefolgt. Weiterhin bestand weder durch die Fraktionen noch durch einzelne Stadträte Beratungsbedarf zur Einbringung der Dringlichkeiten.

Sie bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Umsetzung von Stellen mit Förderung nach Teilhabechancengesetz,
§ 16 i des SGB II, in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04899

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen
Zuwendungen
Vorlage: VI//2019/00209

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Umbesetzung im Beirat der Bäder Halle GmbH
Vorlage: VI//2019/002045

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung
von sachkundigen Einwohner*innen
Vorlage: VII/2019/00249

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung von Sachkundigen Einwohnern
in die beratenden Ausschüsse des Stadtrates Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00246

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung von
sachkundigen Einwohnern
Vorlage: VII/2019/00253

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit

Dringlichkeitsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Berufung von sachkundigen
Einwohnern
Vorlage: VI//2019/002047

Frau Müller ließ die Abstimmung auszählen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
2/3 Mehrheit nicht erreicht
bei 35 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
13 Enthaltungen

Des Weiteren machte **Frau Müller** auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 7.1

Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)

Vorlage: VII/2019/00169

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle vor**
- **Behandlung unter TOP 7.1.1**

TOP 7.2

Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland

Vorlage: VII/2019/00105

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI vor**
- **Behandlung unter TOP 7.2.1**

TOP 7.3

Neufassung der Satzung der Saalesparkasse und Besetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse

Vorlage: VII/2019/00033

- **Änderung des Beschlussvorschlages (Ergänzung um Namen)**

TOP 7.4

Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2019/00170

- **Betreff geändert**
- **von der Tagesordnung abgesetzt**

TOP 9.1

Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof

Vorlage: VII/2019/00109

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI vor**
- **Behandlung unter TOP 9.1.1**

TOP 9.3

Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Wiederbelebung der AG „Trinken im öffentlichen Raum“

Vorlage: VII/2019/00110

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle vor**
- **Behandlung unter TOP 9.3.1**

TOP 9.7

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erweiterung der Auflagen bei der Wasserentnahme aus dem Hufeisensee

Vorlage: VII/2019/00148

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle vor**
- **Behandlung unter TOP 9.7.1**

TOP 9.10

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen“

Vorlage: VII/2019/00035

- ➔ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle vor**
- ➔ **Behandlung unter TOP 9.10.1**

Herr Wolter fragte, wo der Tagesordnungspunkt 9.5.1 verblieben ist.

Herr Stehle erklärte, dass der Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle nach der Versendung der Einladung gestellt und am Montag von der Fraktion zurückgezogen wurde. Da der Antrag in keinem Gremium eingebracht wurde, wurde er im System von der Tagesordnung genommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung, so dass **Frau Müller** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.06.2019
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.07.2019
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.06.2019
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.06.2019
Vorlage: VII/2019/00234
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00169
- 7.1.1. Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00244
- 7.2. Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland
Vorlage: VII/2019/00105

- 7.2.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland
Vorlage: VII/2019/00258
- 7.3. Neufassung der Satzung der Saalesparkasse und Besetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse
Vorlage: VII/2019/00033
- 7.4. *Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VII/2019/00170 *abgesetzt*
- 7.5. Bestellung einer Beschäftigtenvertretung für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung
Vorlage: VII/2019/00012
- 7.6. Umsetzung von Stellen mit Förderung nach Teilhabechancengesetz, § 16 i des SGB II, in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04899
- 7.7. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2019/00209
- 8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU/FDP und DIE LINKE zur Neuplanung eines Schulhofs für das Neue Städtische Gymnasium im Bereich Schülershof
Vorlage: VI/2019/05091

- erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters -
- 8.1.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU/FDP und DIE LINKE zur Neuplanung eines Schulhofs für das Neue Städtische Gymnasium im Bereich Schülershof
Vorlage: VI/2019/05351
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof
Vorlage: VII/2019/00109
- 9.1.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof
Vorlage: VII/2019/00257
- 9.2. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Onlinevergabe von Sportstätten
Vorlage: VII/2019/00108

- 9.3. Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Wiederbelebung der AG "Trinken im öffentlichen Raum"
Vorlage: VII/2019/00110
- 9.3.1. Änderungsantrag der Stadträtin Beate Gellert zum Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Wiederbelebung der AG „Trinken im öffentlichen Raum“
Vorlage: VII/2019/00233
- 9.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Auswirkungen von Stadtratsentscheidungen auf Klimaschutz und Klimawandel-Resilienz
Vorlage: VII/2019/00114
- 9.5. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Erweiterung der Abfallwirtschaftssatzung bezüglich der Sperrmüllentsorgung
Vorlage: VII/2019/00155
- 9.6. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Darstellung der Auswirkungen von Ratsbeschlüssen auf die Klimabilanz der Stadt Halle (Saale) in Beschlussvorlagen
Vorlage: VII/2019/00147
- 9.7. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erweiterung der Auflagen bei der Wasserentnahme aus dem Hufeisensee
Vorlage: VII/2019/00148
- 9.7.1. Änderungsanträge der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erweiterung der Auflagen bei der Wasserentnahme aus dem Hufeisensee
Vorlage: VII/2019/00157
- 9.8. Antrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum weiteren Fortbestehen des IMPULS-Festivals für Neue Musik
Vorlage: VII/2019/00149
- 9.9. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Begrünung der Dächer hallescher Bus- und Straßenbahnhaltstellen
Vorlage: VII/2019/00034
- 9.10. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen“
Vorlage: VII/2019/00035
- 9.10.1. Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen“,
Vorlage: VII/2019/00230
- 9.11. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Teilnahme der Stadt Halle (Saale) an der Kampagne STADTRADELN im Jahr 2020
Vorlage: VII/2019/00150
- 9.12. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung der App „HALLE SCHOCKT“

- 9.13. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Feuerwerk an Silvester
Vorlage: VII/2019/00154
- 9.14. Antrag der Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) zur
Schaffung von Mehrzweckbereichen in Straßenbahnen
Vorlage: VII/2019/00123
- 9.15. Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Umbesetzung im Beirat der Bäder Halle GmbH
Vorlage: VII/2019/00245
- 9.16. Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung
von sachkundigen Einwohner*innen
Vorlage: VII/2019/00249
- 9.17. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung von Sachkundigen Einwohnern in
die beratenden Ausschüsse des Stadtrates Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00246
- 9.18. Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung von
sachkundigen Einwohnern
Vorlage: VII/2019/00253
- 10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Nutzung von Förderprogrammen des Bundes, hier
zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur
Vorlage: VI/2019/05179
- 10.2. Anfrage der CDU-Fraktion zu Autodiebstählen in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00084
- 10.3. Anfrage der CDU-Fraktion zur Förderung der Fassadenbegrünung
Vorlage: VII/2019/00085
- 10.4. Anfrage der CDU-Fraktion zu Feuerwerken in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00086
- 10.5. Anfrage der CDU-Fraktion zur Fördermittelakquise
Vorlage: VII/2019/00087
- 10.6. Anfrage der CDU-Fraktion zur Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Entwicklung eines
Gestaltungskonzeptes für den Kröllwitzer Kirchberg
Vorlage: VII/2019/00088
- 10.7. Anfrage der CDU-Fraktion zur Übertragung der Stadtratssitzungen via Livestream
Vorlage: VII/2019/00089
- 10.8. Anfrage der CDU-Fraktion zur elektronischen Abwicklung von Parkvorgängen
Vorlage: VII/2019/00090
- 10.9. Anfrage der CDU-Fraktion zur Kontrolle von Gewerbeanmeldungen und Bekämpfung
von Sozialbetrug durch die Verwaltung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00091

- 10.10. Anfrage der CDU-Fraktion zur Situation von Schülern der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten während des Schulweges, während des Sportunterrichtes im Freien sowie während der Pausenzeiten
Vorlage: VII/2019/00092
- 10.11. Anfrage der CDU-Fraktion zur Sicherheit von Fußgängern und Kontrollen von Fahrradfahrern in Fußgängerzonen
Vorlage: VII/2019/00093
- 10.12. Anfrage der CDU-Fraktion zu Straftaten in der Stadt Halle (Saale) im Kontext der Kundgebungen und des Bürgerfestes vom 20.07.2019.
Vorlage: VII/2019/00094
- 10.13. Anfrage der CDU-Fraktion zum kommunalen Strategiekonzept zur Sucht- und Drogenpolitik
Vorlage: VII/2019/00095
- 10.14. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Umsetzung des Beschlusses VI/2017/03299 - - Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Entwicklung eines Maßnahmenplanes zur Attraktivitätsverbesserung und Belebung der Innenstadt -
Vorlage: VII/2019/00081
- 10.15. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Erstellung eines Gehweg-, Radweg- und Straßenzustandsberichtes
Vorlage: VII/2019/00082
- 10.16. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur aktuellen Statistik der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA)
Vorlage: VII/2019/00083
- 10.17. Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zum Alkoholverzehr im öffentlichen Raum
Vorlage: VII/2019/00096
- 10.18. Anfrage des Stadtrates Mario Schaaf (CDU-Fraktion) zur Gestaltung des Marktplatzes
Vorlage: VII/2019/00097
- 10.19. Anfrage des Stadtrates Mario Schaaf (CDU-Fraktion) zur Umsetzung des §2b UStG
Vorlage: VII/2019/00098
- 10.20. Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU-Fraktion) zum Zustand der Brücken in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00099
- 10.21. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Wasserständen am Hufeisensee
Vorlage: VII/2019/00100
- 10.22. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Gewalt an öffentlichen Plätzen
Vorlage: VII/2019/00101

- 10.23. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Instandsetzung von Gemeindestraßen
Vorlage: VII/2019/00102
- 10.24. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Orgacid GmbH – aktueller Sachstand
Vorlage: VII/2019/00103
- 10.25. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Errichtung einer Sandsackfüllstation im südlichen Stadtgebiet bei konkreter Hochwassergefahr
Vorlage: VII/2019/00104
- 10.26. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zum Neubau Spielplatz in der Heimstättensiedlung Ammendorf
Vorlage: VII/2019/00106
- 10.27. Anfrage des Stadtrates Christian Feigl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum geplanten Abriss der Fußgängerbrücke über die B80
Vorlage: VII/2019/00069
- 10.28. Anfrage der Stadträtin Beate Thomann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Verwendung von Instandhaltungsmitteln für Geh- und Radwege
Vorlage: VII/2019/00071
- 10.29. Anfrage des Stadtrates Wolfgang Aldag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Wässerung von Stadtbäumen
Vorlage: VII/2019/00072
- 10.30. Anfrage des Stadtrates Wolfgang Aldag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Baumfällungen und Baumpflanzungen im Stadtgebiet in 2018/2019
Vorlage: VII/2019/00073
- 10.31. Anfrage des Stadtrates Wolfgang Aldag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Erhalt einer großen Linde im Robert-Franz-Ring
Vorlage: VII/2019/00074
- 10.32. Anfrage des Stadtrates Wolfgang Aldag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Begrünung von Fassaden, Dächern und Höfen
Vorlage: VII/2019/00075
- 10.33. Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Sanierung von Schulhöfen
Vorlage: VII/2019/00115
- 10.34. Anfrage des Stadtrates Jan Döring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum aktuellen Stand der Fortschreibung der Spielflächenkonzeption
Vorlage: VII/2019/00070
- 10.35. Anfrage des Stadtrates Jan Döring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Realisierung der praxisintegrierten Erzieherausbildung (PiA)
Vorlage: VII/2019/00116

- 10.36. Anfrage des Stadtrates Jan Döring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Umsetzung des Beschlusses zur Erarbeitung eines verbindlichen Vertretungssystems in der Kindertagespflege
Vorlage: VII/2019/00117
- 10.37. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Beschneidung von Grundrechten von Bürgern im Stadtgebiet von Halle am 20.07.2019
Vorlage: VII/2019/00156
- 10.38. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zum wilden Kampieren im Bereich Willi-Bredel-Straße/Bertolt-Brecht-Straße
Vorlage: VII/2019/00158
- 10.39. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zu den entstandenen Kosten für das Bürgerfest am 20.07.2019
Vorlage: VII/2019/00159
- 10.40. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Förderung von Vereinen und Organisationen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2019/00160
- 10.41. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Parkraumbewirtschaftung im Glauchaviertel
Vorlage: VII/2019/00161
- 10.42. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Auswirkungen einer Wasserentnahme aus dem Hufeisensee
Vorlage: VII/2019/00141
- 10.43. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Weiterentwicklung des Areals am Steg
Vorlage: VII/2019/00145
- 10.44. Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zum Sachstand der Prüfung von potenziellen Standorten für eine Zweigbibliothek im halleschen Osten
Vorlage: VII/2019/00152
- 10.45. Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zum Sachstand Sprachförderung Kastanienallee
Vorlage: VII/2019/00153
- 10.46. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Auswirkungen eines möglichen Verbotes von Mikroplastik durch die EU auf Kunstrasenplätze in Halle
Vorlage: VII/2019/00041
- 10.47. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur ehemaligen Gaststätte „Hubertus“ am Heiderand
Vorlage: VII/2019/00043
- 10.48. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Stand des geplanten Baus der Uferpromenade am Westufer des Mühlgrabens
Vorlage: VII/2019/00133

- 10.49. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Besetzung der Stelle des Fuß- und Radwegebeauftragten
Vorlage: VII/2019/00134
- 10.50. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu den Kriterien für die Prüfung durch die Stadtverwaltung zum Thema Radverkehr auf dem Oberen Boulevard
Vorlage: VII/2019/00135
- 10.51. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Machbarkeitsstudie zur Nutzung der innenliegenden Höfe des Neuen Städtischen Gymnasiums zur Pausengestaltung
Vorlage: VII/2019/00136
- 10.52. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Nahversorgung in Heide-Süd
Vorlage: VII/2019/00137
- 10.53. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Tourismuskonzept
Vorlage: VII/2019/00139
- 10.54. Anfrage der Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) zur IT-Sicherheit der städtischen Verwaltung
Vorlage: VII/2019/00111
- 10.55. Anfrage der Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) zum Stand der Schulsanierungen
Vorlage: VII/2019/00121
- 11. Mitteilungen
- 11.1. Jahresabschluss 2018 der Stiftung Händel-Haus
Vorlage: VI/2019/05357
- 11.2. Positionspapier Innovationsregion Mitteldeutschland
Vorlage: VII/2019/00237
- 11.3. Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte
Vorlage: VI/2019/05221
- 11.4. Entwicklung Am Kinderdorf 2/3
Vorlage: VII/2019/00014
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten
- 13. Anregungen
- 13.1. Anregung der CDU-Fraktion zur Fragestunde für Anwohner der Schlosserstraße zur Schaffung von Ruhe und Ordnung im Viertel
Vorlage: VII/2019/00107
- 13.2. Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Weiterentwicklung des Modells „Baumpatenschaft“
Vorlage: VII/2019/00138

- 13.3. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Aufbringung sogenannter „Haifischzähne“ oder von Wartelinien an den gleichrangigen Kreuzungen entlang der August-Bebel-Straße
Vorlage: VII/2019/00140
- 13.4. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Einführung von Tempo-30-Zonen, wenn Gleiskörper der Straßenbahn in die Fahrbahn eingebettet sind
Vorlage: VII/2019/00143
- 13.5. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Verkehrsführung in der Ludwig-Stur-Straße (Kreuzung Große Steinstraße)
Vorlage: VII/2019/00146
- 13.6. Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) für eine aktualisierte Neuauflage der Broschüre „Kommunalpolitik in Halle (Saale)“ aus dem Jahr 2018 für die VII. Wahlperiode des Stadtrates 2019-2024
Vorlage: VII/2019/00142
- 13.7. Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Aufbringung einer Fahrradschleuse/einer vorgelagerten Haltelinie am Joliot-Curie-Platz
Vorlage: VII/2019/00144
14. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.06.2019

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 26.06.2019.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.07.2019

Herr Heym sagte, dass der Sachverhalt der Zugriffsrechte - Verteilung der Ausschussvorsitze im TOP 14 nicht richtig dargestellt wurde. Es liest sich so, als sei die Verteilung gänzlich im Losverfahren vollzogen wurden, was nicht der Tatsache entspricht. Er bat im Namen der AfD-Fraktion um richtige Darstellung.

Herr Schreyer sagte, wenn über den Einwand nicht sofort entschieden werden kann und er als hinreichend bestimmt erachtet wird, ist eine Vertagung zu empfehlen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.06.2019

**zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.06.2019
Vorlage: VII/2019/00234**

Frau Müller sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Stadtrates vom 26.06.2019 vor dem Sitzungssaal öffentlich ausgehängt und somit bekannt gegeben sind.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte zum 200-jährigen Bestehen der Saalesparkasse, das vom 28. bis 30. Juni auf dem Markt gefeiert wurde. Die „Hallesche Sparkassengesellschaft“ wurde im Juni 1819 von Bürgern gegründet.

Am 30. Juni wurde der S-Bahn-Tunnel „Silberhöhe“ von 30 Graffiti-Künstlern umgestaltet. Die Kosten betragen 5.800 Euro. Am 1. Juli wurde auf der Silberhöhe zudem ein neuer Stadteilladen mit dem Titel „Hotspot ARBEITS-PLATTE“ eröffnet. Das Projekt wird unterstützt von der Stadt Halle, der AWO, der Freiwilligenagentur, dem Halle-Neustadt-Verein und dem Jobcenter.

Am 15. Juli erhielt die Feuerwehr Halle neue Feuerwehrentechnik. Für ein Tanklöschfahrzeug, einen Abrollbehälter mit Atemschutz und einen Teleskoplader wurden Investitionen in Höhe von 673.000 Euro aus Eigenmitteln getätigt. Am 14. August wurden fünf Rettungswagen durch neue Fahrzeuge ersetzt. Im Bestand befinden sich aktuell 23 RTW. Die Investitionen betragen 850.000 Euro, welche ebenfalls aus Eigenmitteln finanziert wurden.

Am 19. Juli wurde am Osendorfer See Richtfest an der Bootshalle des Halleschen Kanoclubs 54 gefeiert. Bis Dezember 2019 sollen die Vereinshäuser des HKC und des Drachenbootvereins wieder aufgebaut werden. Die Sanierung der Regattastrecke samt Freianlagen soll bis zum Frühjahr 2020 erfolgen. Die Kosten in Höhe von rund 6 Mio. Euro stammen aus Fluthilfemitteln.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte weiter über das Bürgerfest für Demokratie auf dem Markt am 20. Juli. Die Stadt hatte gemeinsam mit der Universität und weiteren Partnern zum Straßenfest eingeladen. Die Resonanz war groß.

Seit dem 1. August umrahmen das Händel-Denkmal auf dem Marktplatz drei Kübelpflanzen, mit Sitzmöbeln. Die Kosten in Höhe von 20.000 Euro wurden von 11 Sponsoren übernommen. Von September bis Oktober sollen 21 weitere Bäume in Pflanzkübeln auf der Ost- und Westseite des Marktes sowie an den Haltestellen aufgestellt werden.

Am 14. August haben die Bauarbeiten für das Karosserie-Presswerk von Porsche und Schuler im Star Park begonnen. Laut Hans Obermeier, Sprecher der Schuler Group, verläuft das Projekt planmäßig.

Zum Investitionsprogramm „Bildung 2022“ informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass am 15. August für rund 2400 Erstklässler die Schule begonnen hat. Insgesamt waren es 240 Schüler mehr als im Vorjahr. Sechs Schulen haben an neuen, sanierten oder vorübergehenden Standorten den Schulbetrieb aufgenommen, darunter die Grund- und Gemeinschaftsschule Kastanienallee, die Marguerite-Friedlaender-Gesamtschule, das Gymnasium Südstadt, die Grundschulen „Hanoier Straße“ und „Hans-Christian-Andersen“ sowie die Gemeinschaftsschule „August-Hermann-Francke“. Die Gesamtinvestitionen an diesen Schulen betragen 68,2 Mio. Euro.

Die Holzplatzschule wurde planmäßig eröffnet. Der Neubau wurde in Rekordzeit von 9,5 Monaten umgesetzt. Die Kosten in Höhe von 22 Mio. Euro inklusive Außenanlagen wurden aus Eigenmitteln der Stadt finanziert. 700 Schülerinnen und Schüler der Grund- und Gemeinschaftsschule Kastanienallee zogen als erste in das Gebäude ein, da ihre Schule nun saniert wird. Anschließend ist ein Einzug der Lessing-Grundschule und der Sekundarschule „Am Fliederweg“ geplant.

Ebenfalls wurde unter neuem Namen die sanierte Schule „Marguerite-Friedlaender-Gesamtschule“ eröffnet, in die 490 Schüler der Klassenstufe 5 bis 9 gehen. Die Kosten hier beliefen sich auf 8 Mio. Euro, welche ebenfalls aus Eigenmitteln finanziert wurden. Der Bau der Aula beginnt im Frühjahr 2020. Eine Fertigstellung soll bis April 2021 erfolgen. Die Sanierung der Turnhalle Mannheimer Straße soll bis zum Schuljahresbeginn 2021 abgeschlossen sein.

Am 18. August wurde die „Freie Grundschule Friedemann Bach Halle“ am Jägerplatz mit 20 Erstklässlern eröffnet. Die Schule ist geprägt durch ein musikalisch-künstlerisches Konzept mit bilingualem Unterricht und bilingualen Freizeitangeboten. Sieben Grundschulen in freier Trägerschaft ergänzen nunmehr das Angebot der 33 kommunalen Grundschulen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über die „Zukunftswerkstatt Radverkehr“ am 21. August im Stadthaus, welche große Resonanz fand. In Arbeitsgruppen fanden Beratungen mit Bürgern statt. Schwerpunkt waren die Verbesserung und Schließung des Radwegenetzes sowie Fahrradabstellplätze. Die Entwicklung zeigt: Im Jahr 1995 gab es im Stadtgebiet 40 km Radwege, 2018 sind es 114 km.

Am 18. August hat die Stadtverwaltung einen Fördermittelbescheid von über 2,065 Mio. Euro für den Radweg zwischen Lettin und Dölauer Straße erhalten. Die Strecke entlang der Nordstraße kann somit gebaut werden. Die geplanten Kosten belaufen sich auf 2,265 Mio. Euro. Der Bau der 1650 Meter langen Trasse soll 2020 beginnen und im ersten Halbjahr 2021 beendet sein.

Zum Hufeisensee informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass durch Niederschläge und zuströmendes Grundwasser ein „Bilanzüberschuss“ vorhanden ist. Die genehmigten Wasserentnahmen einschließlich der Ergänzungsgenehmigung liegen deutlich darunter. Die theoretische Gesamtabenkung 2019 durch die Wasserentnahme des Golfplatzes liegt bei maximal 15 cm/Jahr, also innerhalb des zulässigen Schwankungsbereiches. Schädliche Gewässerveränderungen sind nicht zu erwarten (§ 12 WHG). Die Stadt wird bis auf weiteres keine Ausnahmegenehmigungen mehr erteilen. Eine gutachtliche Prüfung wird in Auftrag gegeben mit der Frage, ob schädliche Gewässerveränderungen zu erwarten sind. Es wird weiterhin ein Runder Tisch eingerichtet, der sich mit dem Wasserhaushalt der Stadt unter Leitung des Beigeordneten Rebenstorf beschäftigen wird. Weiterhin soll der Betreiber des Golfplatzes Baumersatzpflanzungen vornehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte auf eine gemeinsame Kooperation mit „Transatlantic Cities of Tomorrow: Digitalization and the Future of Work“ aufmerksam.

Zur Innovationsregion Mitteldeutschland machte er auf Folgendes aufmerksam: Es gibt einen Entwurf der Bundesregierung zum Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen vom 21.08.2019. Ziel der Bundesregierung ist eine weitgehend treibhaus- und gasneutrale Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland. Der Bund stellt den Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen in Höhe von bis zu 14 Milliarden Euro, längstens bis 2038, zur Verfügung. Die Finanzhilfen dienen insbesondere der Bewältigung des Strukturwandels und der Sicherung der Beschäftigung im Zuge des Ausstieges aus dem Braunkohleabbau und der Verstromung von Braunkohle. Fördergebiet ist das Mitteldeutsche Revier, unter anderem auch die Stadt Halle.

Sachsen-Anhalt erhält 12 Prozent von 14 Milliarden Euro, das heißt, 1,68 Milliarden Euro. In der Förderperiode 1 (von 2020 bis einschließlich 2026) beträgt die Förderung bis zu 5,5 Milliarden Euro, damit 660 Millionen Euro für Sachsen-Anhalt. Der Bund beteiligt sich mit bis zu 90 Prozent, die Länder einschließlich Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligen sich mit mindestens 10 Prozent am Gesamtvolumen des öffentlichen Finanzierungsanteils der förderfähigen Kosten der jeweiligen Investition. Möglich ist, dass das Land vollständig den Eigenanteil übernimmt.

Den Ländern obliegt jeweils entsprechend den landesspezifischen Gegebenheiten die Auswahl der Investitionsvorhaben. Diese sind unter enger Einbeziehung der Gemeinden und Gemeindeverbände zu entwickeln und vorzuschlagen. Die Stadt kooperiert eng mit dem Saalekreis. Zu den Förderkriterien zählen die Schaffung und der Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Stärkung der Wirtschaftsstruktur und die Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes sowie die Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte weiter über die Anwohnerversammlung am 27.08.2019 am August-Bebel-Platz. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Nachtruhe ab 22 Uhr eingehalten werden und keine Beschallung durch laute Musik mehr erfolgen soll. Dies regelt bereits die Grünflächensatzung der Stadt Halle. Weiterhin sollen Kontrollen durch Ordnungskräfte und Polizei sowie durch Sozialarbeiter erfolgen. Eine Änderung für den Gastronomieaussschank mit Außenfläche bis 1 Uhr soll es nicht geben. Eine neue Gesprächsrunde findet am 6. September um 18 Uhr statt. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** präsentierte dem Rat ein Hinweisschild, welches am August-Bebel-Platz aufgestellt werden soll. Dieses weist auf die Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr und die ordnungsrechtliche Ahndung von Zuwiderhandlungen hin.

Im Weiteren informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zum Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale) zum Abbau der Liquiditätskredite unter der Genehmigungsgrenze des § 110 Abs. 2 KVG LSA.

Zum 01.08.2018 gab es eine Neuregelung im § 100 Abs. 5 des Kommunalverfassungsgesetzes des Land Sachsen-Anhalt. Demnach ist ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen, wenn die Kommune nicht mehr in der Lage ist, innerhalb des mittelfristigen Finanzierungszeitraumes ihren bestehenden Zahlungsverpflichtungen ohne Überschreiten der Genehmigungsgrenze nach § 110 Abs. 2 nachzukommen.

Die Haushaltsgenehmigung des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt vom 18.01.2019 hat eine entscheidende Auflage enthalten: „Es wird angeordnet, dass die Stadt Halle (Saale) bis zum 30.09.2019 ein Haushaltskonsolidierungskonzept zu beschließen hat, welches eine schrittweise Rückführung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite bis zur Genehmigungsgrenze des § 110 Abs. 2 KVG LSA aufzeigt.“

Die Verwaltung hat in den vergangenen 8 Monaten ein Konsolidierungskonzept erarbeitet und am 28.08.2019 dem Stadtrat fristgerecht zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Dr. Wiegand legte die Folgen dar, wenn die Stadt kein Konsolidierungskonzept beschließt. Mit einer Genehmigung des Haushaltes 2020 wäre dann durch die Kommunalaufsicht nicht zu rechnen. Die Stadt Halle (Saale) würde sich damit in der vorläufigen Haushaltsführung befinden. Die Konsequenzen wären, dass dringend notwendige Investitionen in Schulen, Kindertagesstätten und Horten nicht umgesetzt werden könnten. Fördermittel könnten nicht beantragt und nicht ausgezahlt werden. Zuschüsse an Vereine, Kultureinrichtungen und Freie Träger im freiwilligen Bereich könnten nicht gewährt werden.

Zur Ausgangslage informierte er, dass die Stadt Halle (Saale) einen genehmigten Höchstbetrag von 350 Millionen Euro an Liquiditätskrediten im Haushalt 2019 hat. Dies entspricht rund 50 Prozent der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit. Erlaubt wären 20 Prozent. Von den Liquiditätskrediten in Höhe von 350 Millionen Euro sind 239 Millionen Euro kammerale Altschulden, die vor dem 01.01.2012 aufgenommen wurden. Dies entspricht rund 70 Prozent des aktuellen Standes. Um die Genehmigungsgrenze einzuhalten, muss die Stadt Halle (Saale) den Höchstbetrag der Liquiditätskredite um rund 209 Millionen Euro auf ca. 141 Millionen Euro reduzieren.

Die Stadt Halle (Saale) hat in den vergangenen Jahren einen Konsolidierungspfad bei den Liquiditätskrediten beschritten. Zwischen 2015 und 2019 sank die Verschuldungsquote von 60% auf 50%. Halle (Saale) ist nicht die einzige Kommune in Sachsen-Anhalt mit hohem Liquiditätskreditstand. Insgesamt beträgt der Anteil der Kassenkreditschulden an der Gesamtverschuldung 45%. Sowohl die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ als auch der Niedersächsische Landesgerichtshof sehen eine Mitverantwortung der Bundesländer für die hohen Liquiditätskreditstände. Die Kommunalaufsicht hat diese Kassenkredite dauerhaft bestätigt und genehmigt. Andere Bundesländer haben auf diese Mitverantwortung reagiert. Bei der Hessenkasse wurden alle kommunalen Liquiditätskredite vom Land übernommen. Beim Saarlandpakt wurden 50 Prozent aller kommunalen Liquiditätskredite vom Land übernommen. In Sachsen-Anhalt wird diese Mitverantwortung seitens des Landes bislang nicht anerkannt.

Ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. Winfried Kluth (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) bestätigt, dass die Stadt Halle (Saale) die kommunalrechtlichen Anforderungen an ein Konsolidierungsprogramm erfüllt. Die Umfinanzierung ist kommunalrechtlich genehmigungsfrei. Weiterhin kommt das Gutachten zu dem Ergebnis, dass das Land Sachsen-Anhalt verfassungsrechtlich verpflichtet ist, die Stadt Halle (Saale) finanziell und beratend beim Abbau der Liquiditätskredite zu unterstützen.

Ein weiteres wesentliches Ergebnis des Gutachtens ist, dass die Überführung von kurzfristigen Liquiditätskrediten in langfristige Finanzierungsinstrumente durch eine Umschuldung zusammen mit weiteren Sicherungsmaßnahmen zur Begrenzung der Neuaufnahme von Liquiditätskrediten eine zulässige und geeignete Konsolidierungsmaßnahme i.S.d. § 100 Abs. 5 KVG LSA darstellt. Die Vorschrift lässt anders als § 100 Abs. 3 KVG LSA auch langfristige Tilgungspläne zu. Ein Rückgriff auf das Abweichungsrecht des § 100 Abs. 6 S. 2 KVG LSA ist in diesem Fall nicht erforderlich. Die Abweichungsregelung indiziert aber das Bestehen von weiten Gestaltungsspielräumen, die auch bei der Aufstellung des Haushaltskonsolidierungskonzepts genutzt werden können. Im Rahmen der Prüfung und Genehmigung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ist die verfassungsrechtliche Mitverantwortung des Landes und der Kommunalaufsicht bei der Entstehung der hohen Verschuldung im Bereich der Liquiditätskredite zu beachten und der Kommune ein weiterer Gestaltungsspielraum zu gewähren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand übergab das Wort an Herrn Bürgermeister Geier.

Herr Geier verwies auf einen verfassungsrechtlichen Grundsatz, welcher besagt, dass eine gesetzliche Norm keine Erdrosselungswirkung haben darf. Die im KVG LSA verankerte Norm hat aber einen solchen Charakter.

Herr Geier führte weiter aus zur Unmöglichkeit eines kurzfristigen Abbaus. Um die Liquiditätskredite kurzfristig unter die Genehmigungsgrenze abzubauen, müsste die Stadt Halle (Saale) beispielsweise in 5 Jahren rund 200 Millionen Euro zurückzahlen. Im Haushalt 2019 der Stadt Halle (Saale) sind von den 687 Millionen Euro Gesamtauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 65 Millionen Euro den freiwilligen Leistungen zuzuordnen. Rund 24 Millionen Euro entfallen davon auf die vertraglich mit dem Land Sachsen-Anhalt fixierten Zuschüsse an die TOO. Die Folge ist, dass selbst bei einer vollständigen Streichung aller disponiblen freiwilligen Leistungen (beispielsweise Zoo-Zuschuss, Bäderbetrieb, Grünflächen) die Stadt Halle (Saale) innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung die Liquiditätskredite nicht unter die Genehmigungsgrenze senken könnte. Im Ergebnis ist es für Halle (Saale) unmöglich, selbst bei Aufgabe aller freiwilligen Leistungen, die Liquiditätskredite innerhalb von 5 Jahren zurückzuzahlen. Daher kommt nur eine langfristige Abbauperspektive in Betracht.

Herr Geier informierte, dass Halle (Saale) mit dem Konsolidierungsprogramm erstmals einen verbindlichen, langfristigen Rückzahlungsplan für die über der Genehmigungsgrenze liegenden Liquiditätskredite aufstellt, darunter rund 100 Millionen Euro an Altschulden. Die Tilgung soll über einen Zeitraum von 30 Jahren erfolgen. Mit dem Rückzahlungsplan und der damit einhergehenden Umwandlung in langfristige Festzinsverbindlichkeiten hat die Stadt die Chance, dass aktuell niedrige Zinsniveau dauerhaft zu sichern. Dadurch werden künftige Haushaltsrisiken durch steigende Zinsen ausgeschlossen.

Zu Umsetzungsmöglichkeiten des Schuldenabbaus sagte **Herr Geier**, dass für die Umsetzung des Tilgungsplanes mit der Umwandlung kurzfristiger in langfristige Verbindlichkeiten mehrere Instrumente zur Verfügung stehen, insbesondere ein Schuldscheindarlehen oder die Anleihe. Nach Vergleich beider Möglichkeiten erscheint im Ergebnis das Schuldscheindarlehen das geeignetste Instrument zu sein. Ziel ist, die Umsetzung des Tilgungsplanes mit Hilfe des öffentlichen Bankensektors (Sparkassen, Landesbanken, Kreditanstalt für Wiederaufbau) zu organisieren. Dem Stadtrat wird im Mai 2020 die Umsetzung der Umfinanzierung zur Beschlussfassung vorgelegt. Zum 1. Juli 2020 soll die Umfinanzierung abgeschlossen sein.

Anhand einer Beispielrechnung legte er die Haushaltsauswirkungen dar.

Zusammenfassend sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Stadt Halle (Saale) mit dem Konsolidierungskonzept erstmals einen verbindlichen Tilgungsplan für die Liquiditätskredite vorlegt. Darin sind auch kammerale Altschulden in Höhe von rund 100 Mio. Euro enthalten. Mit dem Konsolidierungskonzept erhält Halle (Saale) langfristige Zinssicherheit und hat die Chance die Niedrigzinsphase zu nutzen. Das Konsolidierungskonzept erfüllt alle kommunalrechtlichen Anforderungen und schafft die Voraussetzungen für eine Haushaltsgenehmigung in den kommenden Jahren. Es sichert damit die Auszahlung von Fördermitteln, die dringend notwendigen Investitionen und die Gewährung von Zuschüssen an Vereine und Kultureinrichtungen. Die finanziellen Mittel für die Umsetzung des Konsolidierungskonzeptes sind in den kommenden Haushaltsplänen vorzusehen. Eine Liquiditätsaufnahme oberhalb der Genehmigungsgrenze ist auszuschließen. Das Konsolidierungskonzept eröffnet die Möglichkeit, dass sich das Land Sachsen-Anhalt entsprechend seiner Mitverantwortung am Abbau der Liquiditätskredite der Stadt Halle (Saale) beteiligt.

zu 6 **Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

Frau Dr. Brock sagte, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch künftig gegen eine Entnahme von Wasser aus dem Hufeisensee ist. Die Darstellung der Verwaltung empfindet sie als widersprüchlich, da von keinen ökologischen Folgen die Rede ist, im Umkehrschluss aber ein Runder Tisch errichtet werden soll. Im Rahmen der beantragten Akteneinsicht werden sie in die Unterlagen schauen.

Herr Johannemann sagte, dass in der Vergangenheit lediglich ein Stadtrat die Möglichkeit genutzt hat, sich über die Fakten zu informieren. Die Ausgangsbedingungen Mitte der neunziger Jahre waren andere, als die der letzten 20 Jahre. Dies muss aufgearbeitet und dargestellt werden und dafür ist der Runde Tisch eine gute Möglichkeit.

Herr Raue sagte, dass die Verwaltung an den hohen Schulden nicht unbeteiligt ist, da man die Migrationsfolgelasten duldet. Die Stadt müsste klar sagen, dass man sich die starke Zuwanderung und die damit verbundenen Kosten nicht mehr leisten könne. Zum Stadtfest für Demokratie sagte er, dass an diesem Tag die demokratischen Grundrechte hier in der Stadt beschädigt wurden.

Herr Wolter sagte, dass die Darstellung zum Konsolidierungskonzept keineswegs gut erfolgt ist. Die Unterlagen standen dem Rat nicht rechtzeitig zur Verfügung. Dem Bürger wird der Eindruck vermittelt, dass hier freiwillige Leistungen nicht mehr möglich sind. Letztendlich ist es ein Entwurf einer Umschuldung, einer Verschiebung von kurzfristigen Schulden mit einer hohen Zinslast. Die eigentliche Aufgabe, eine Beschlusslage zum 30.09.2019 herzustellen, ist fehlgeschlagen. Die Vorlage zeigt in keiner Weise, dass die 209 Millionen Euro, die abzubauen sind, umgewandelt werden in eine Summe von 260, 270 oder 280 Millionen Euro aufgrund der Zinslaufzeit und nebenbei eine Summe von 8 Millionen Euro hervortritt. Er erwartet Aussagen, welche 8 Millionen Euro 2020 gezahlt werden sollen, woher das genommen wird. Die Darstellung beinhaltet kein Ergebnis.

Zum Hufeisensee sagte **Herr Wolter**, dass man in der Tat zu wenig informiert sei.

Herr Scholtyssek fragte nach dem plötzlichen Sinneswandel der Verwaltung, nun keine Ausnahmegenehmigungen für die Wasserentnahme aus dem Hufeisensee mehr erteilen zu wollen. Er fragte, wie man jetzt bereits ausschließen kann, dass es keine weiteren Genehmigungen geben wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass aufgrund des Gutachtens weitere Sondergenehmigungen ausgeschlossen werden können.

Herr Scholtyssek sprach seine Enttäuschung zum Konsolidierungskonzept aus. Die Schuld wurde schlichtweg aufs Land geschoben. Als Stadt sei man für seinen Haushalt verantwortlich. Das Konsolidierungskonzept ist ein Verschieben der Schulden in die Zukunft und es wird nur auf die Vorschrift des § 110 KVG LSA verwiesen. Die Vorschriften aus § 98 KVG finden keine Berücksichtigung. Das Konzept ist viel zu kurz gegriffen und keine Lösung, sondern ein Verschieben des Problems in die Zukunft. Er glaube nicht, dass dieses Konzept vom Landesverwaltungsamt akzeptiert wird.

Herr Geier antwortete, dass es bei den Investitionskrediten keine Schwierigkeiten geben wird, da hier über das Entschuldungsprogramm STARK II agiert wird. Bezüglich der Neuverschuldung für die Umsetzung des Schul- und Investitionsprogrammes wurde die Kreditaufnahme durch die Kommunalaufsicht genehmigt.

Herr Eigendorf sagte, dass beim Abbau der Schulden die zentralen Fragen (wie soll die Stadt in Zukunft aussehen, in welcher Stadt wollen wir leben) berücksichtigt werden müssen. Augenscheinlich wurden diese Fragen beachtet. Gespannt kann man auf den Haushaltsentwurf, der im nächsten Monat vorgelegt wird, sein. Er sagte, dass die Verwaltung selbst auch in der Pflicht ist und nicht nur das Land.

Herr Raue knüpfte an seinen ersten Redebeitrag an. Er sagte, dass es ein Skandal ist, dass zum Bürgerfest für Demokratie eine parallele Veranstaltung stattfand. Es war mit Zusammenstößen zwischen der Antifa und anderen Gruppen zu rechnen. In Vorbereitung auf die Veranstaltung wurde die Verwaltung von ihm auf mögliche Vorfälle hingewiesen.

Herr Lange sagte, dass es großartig ist, dass viele Hallenserinnen und Hallenser dafür gesorgt haben, dass Rechtsextremisten nicht die Straße überlassen wurde und die faschistische Identitäre Bewegung in Halle nicht marschieren konnte. Er bedankte sich bei allen, die das möglich gemacht haben.

Zum Thema Unterfinanzierung der Kommunen sagte **Herr Lange**, dass die Analyse richtig ist. Bund und Länder geben den Kommunen dauerhaft mehr Aufgaben, ohne sie finanziell zu unterstützen. Sie sind deshalb in der Verantwortung. Das städtische Leben wird ohne die Finanzierung freiwilliger Aufgaben zum Erliegen gebracht. Er hätte eine Fristverlängerung zur Vorlage eines Konsolidierungskonzeptes erwartet. Ein Umschuldungskonzept kann nicht einfach beschlossen werden, wenn nicht gleichzeitig der Haushalt vorgelegt wird und man ersehen kann, welche Auswirkungen bei 8,9 Millionen Euro weniger im Haushalt resultieren.

Herr Schöder sagte, dass das Bürgerfest für Demokratie eine fantastische Veranstaltung war. Zum Hufeisensee sagte er, dass der Golfplatz ohne die Bewässerung vertrocknen würde, welcher über 300.000 neu angelegte, entstandene Ökopunkte aufweist, verbunden mit rund 20 Arbeitsplätzen. Er fragte die Akteure und alle, die Beifall geklatscht haben, was sie mit ihrer Aktion erreichen wollen.

Frau Winkler bezog sich auf die Paletten-Bänke, welche auf dem Markt aufgestellt wurden. Sie fragte, warum hier eine so beliebige Gestaltung vorgenommen wurde, obwohl Halle (Saale) eine Kunsthochschule hat. Sie fragte weiter, ob dies weiter ohne Konzept und Anspruch auf eine gewisse Wertigkeit fortgesetzt werden soll.

Frau Ernst antwortete, dass die Sitzgelegenheiten ein temporäres Angebot sind. Sie werden sehr gut angenommen. Dass es auch andere Meinungen gibt, sei nachvollziehbar. Insofern könne man im kommenden Jahr dazu ins Gespräch kommen.

Frau Müller wies Herrn Menke darauf hin, dass er als fraktionsloser Stadtrat nicht die Möglichkeit einer Nachfrage an dieser Stelle hat.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Müller wies auf die Pausenversorgung im Foyer durch die Schülerfirma vom Waldorf Jugendtreff hin. Die Sitzung wurde für eine 30-minütige Pause unterbrochen.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.1 **Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)** **Vorlage: VII/2019/00169**

zu 7.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)** **Vorlage: VII/2019/00244**

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. –

2:21:30

Frau Müller

7.1 – Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments. Dazu gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle. Und ich würde zunächst Herrn Paulsen für die Verwaltung das Wort geben. Bitteschön.

Herr Paulsen

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben von uns vorgelegt bekommen ein Konzept wie in Halle ein Jugendparlament mit entsprechender demokratischer Mitbestimmung aller Kinder und Jugendlichen der Stadt möglich gemacht werden kann. Wie schon bei der Diskussion vor knapp einem Jahr freuen wir uns auf den konstruktiven Austausch zu dem, was gewünscht und was möglich ist. Und auch mit explizitem Blick auf den Änderungsantrag möchte ich noch einmal kurz ausführen zu einem Schreiben, dass alle Landkreise und kreisfreien Städte von der Kommunalaufsicht erhalten hatten im April diesen Jahres.

Sie weisen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Jugendbeiräten oder Jugendparlamenten auf ganz grundlegende Dinge hin, die auch unsere Diskussion immer zumindest befeuert hat. Sie weisen darauf hin, dass Kindern und Jugendlichen, in den sie betreffenden Angelegenheiten, die Möglichkeit der Anhörung und Stellungnahme sowie die Gelegenheit zu Vorschlägen einzuräumen sei. Allerdings, so das Landesverwaltungsamt, bieten weder § 79 noch § 80 des KVG Sachsen-Anhalt eine ausreichende Grundlage Jugendbeiräten und Jugendparlamenten, abweichend von den gesetzlich geregelten Organzuständigkeiten, Entscheidungskompetenzen zuzubilligen. Das heißt, die Frage nach Antragsrecht ist damit ganz klar beantwortet. Weiter heißt es: So hat der Gesetzgeber kommunalen Beiräten, wie den Jugendbeiräten, ein gesondertes Rede- oder Antragsrecht in der Vertretung der Kommune und ihren Ausschüssen nicht eingeräumt. Auch eine Teilnahme an nicht öffentlichen Sitzungen wird den Jugendbeiräten kraft Gesetzes nicht zugestanden. Abschließend fassen sie zusammen: Vor diesem Hintergrund kann ein Rederecht nur im Einzelfall, in den Angelegenheiten, die den Jugendbeirat, synonym hier auch Jugendparlament, betreffen, durch das jeweilige Gremium eingeräumt werden. Auch eine Hinzuziehung in nicht öffentlichen Sitzungen zu Angelegenheiten, die den Jugendbeirat betreffen, kann die Vertretung beziehungsweise der Ausschuss im Einzelfall beschließen.

Ich halte das für eine ganz entscheidende Klarstellung. Das unterstreicht ja noch einmal die Rechtsauffassung, die die Stadtverwaltung schon im vergangenen Jahr Ihnen mitgeteilt hat. Es gibt kein grundsätzliches Rederecht. Es gibt auch kein generelles Antragsrecht. Es lässt

sich auch nicht bauen. Es ist mit dem Kommunalverfassungsgesetz in Sachsen-Anhalt nicht vereinbar und andere Regelungen, wie sie in anderen Landkreisen getroffen wurden, entsprechen nicht der Rechtslage und werden vom Land gerügt. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, sich unseren Vorschlag noch einmal anzuschauen. Wir haben das auch versucht mit einer Grafik noch einmal zu untermauern, was unser Vorschlag ist. Wir halten es für eine griffige Idee über die Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss explizit, weil da die beratenen Mitglieder antragsberechtigt sind. Aber auch über die Berufung von Vertretern des Jugendparlaments als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner, hier die Möglichkeiten zu schaffen auf Beschlussvorlagen in die Willensbildung des Stadtrates einzugreifen. Mit eigenen Änderungen über den Jugendhilfeausschuss, auch mit Initiativen, die dann bei Bestätigung des Jugendhilfeausschusses auch den Stadtrat erreichen können. Aus unserer Sicht ist das die einzige Möglichkeit, aus den bestehenden rechtlichen Möglichkeiten, den Einfluss für Kinder und Jugendliche zu sichern, der uns allen, wenn wir an ein Kinder- und Jugendparlament denken, vorschwebt. Sofern freue ich mich auf die Diskussion. Herzlichen Dank.

Frau Müller

Vielen Dank. Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Von meiner Seite die Ergänzung, dass das Jugendparlament natürlich auch begleitet wird. Begleitet wird auch von den Stadträten und dadurch natürlich automatisch eine Möglichkeit besteht, im Stadtrat auch zu diskutieren. Ich möchte ergänzen, dass ich verweise den Antrag in den Jugendhilfeausschuss und in den Hauptausschuss.

Frau Müller

Gut, Herr Dr. Meerheim, bitte.

Herr Dr. Meerheim

Frau Vorsitzende, im Saal sind heute auch die Vertreter des Kinder- und Jugendrates und des Stadtschülerrates und ich beantrage Rederecht für jeweils eine Person dieser beiden Gremien. Und zwar für Herrn Willi Preuk und Frau Ada Grießer.

Frau Müller

Der Antrag ist verwiesen. Jetzt muss ich fragen, es geht trotzdem? Also, pro Fraktion kann noch einmal gesprochen werden und gut. Dann stimmen wir darüber ab, ob wir das Rederecht erteilen. Sowohl für Herrn Preuk als auch Frau Grießer. Habe ich das jetzt richtig gesagt? Also doch nicht? Gut, gut.

Es ist verwiesen. Es ist nicht möglich, dass wir jetzt noch anderen das Rederecht erteilen. Dann bitte ich jetzt Herrn Schreyer, das noch einmal auszuführen, warum das so ist. Herr Schreyer, bitteschön.

Herr Schreyer

Wir haben in der Geschäftsordnung geregelt, dass, wenn das automatische Verweisungsrecht gezogen wurde, dass dann pro Fraktion noch jeweils einer sprechen kann, der noch nicht gesprochen hat und ein fraktionsloser Stadtrat. Weitere Redebeiträge sind nach der Geschäftsordnung nicht möglich.

Frau Müller

Gut. Jetzt der Reihe nach. Jetzt gibt es drei Geschäftsordnungsanträge. Zuerst hat sich Frau Brock gemeldet, dann Herr Wolter, dann Herr Lange. Dann ist zuerst Frau Brock dran mit einem Geschäftsordnungsantrag. Bitteschön.

Frau Dr. Brock

Ja, ich beziehe mich auf den Geschäftsordnungsantrag. Sie haben dem Oberbürgermeister die Rede erteilt, bevor der Geschäftsordnungsantrag auf Erteilung des Rederechtes, sozusagen, hier befasst werden konnte. Das heißt, Sie haben letzten Endes die Redereihenfolge vom Oberbürgermeister und von Herrn Dr. Meerheim ausgetauscht. Das heißt eigentlich, rein formal wäre Herr Meerheim zuerst dran gewesen mit seinem Geschäftsordnungsantrag und erst dann hätte der OB verweisen können. Insofern haben wir da ein Rederechterteilungs- sozusagen -fehler gehabt. Und mein Antrag ist, das ganze zurück zu holen und die ordnungsgemäße Redeliste, das erst der Geschäftsordnungsantrag verfasst wird und dann der Oberbürgermeister das Wort bekommt.

Frau Müller

Ich bin jetzt davon ausgegangen, dass sowohl Herr Paulsen als auch der Oberbürgermeister den Antrag eingebracht haben. Ich habe das jetzt zur Einbringung der Vorlage mitgezählt. Insofern. Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Ich wollte mich bedanken bei Herrn Schreyer für die Darstellung, obwohl sie für mich noch nicht nachvollziehbar ist, weil wir regeln in unserer Geschäftsordnung nicht die Zulassung von externen Partnern, sondern es ist natürlich klar auf die Fraktionen gemünzt bei einer Verweisungen. Deswegen stelle ich, weil es strittig ist für mich, den Geschäftsordnungsantrag auf Zulassung der Redner laut des Antrages, den Herr Meerheim gestellt hat, um hier sozusagen die Fachkenntnis der Mitglieder des Stadtschülerrates und des Kinder- und Jugendrates zu hören. Das, denke ich mal, kann die Mehrheit des Stadtrates nach Beschlussfassung hier fassen.

Frau Müller

Herr Schreyer, bitte.

Gut, ich habe jetzt die Information bekommen, wir können jetzt darüber abstimmen, über das, was Herr Wolter vorgeschlagen hat, nämlich, ob doch das Rederecht erteilt wird. Allerdings muss es dafür einen einstimmigen Beschluss geben. Es darf niemand widersprechen. Es reicht an dieser Stelle keine Mehrheit, sondern es darf niemand widersprechen. Deswegen frage ich. Herr Lange, wenn Sie jetzt rumwubbern, dann lasse ich das jetzt bitte Herrn Schreyer noch einmal ausführen. Ich habe jetzt hier keine Lust, das jetzt hier durch uns durch - gut, dann hören Sie bitte jetzt auch auf zu Mobbern da vorne in der ersten Reihe und dann machen wir das jetzt so.

Ich frage jetzt den Stadtrat, ob jemand widerspricht, dass den beiden Vertreterinnen das Rederecht erteilt wird. Gut, wir halten fest, die AfD möchte nicht, dass Vertreterinnen zu diesem Tagesordnungspunkt angehört werden. Damit ist dieser Geschäftsordnungsantrag leider abgelehnt. Jetzt hat Herr Lange einen Geschäftsordnungsantrag.

Herr Lange

Also, ich bin schon erstaunt über die Auslegung der Geschäftsordnung an der Stelle. Wir haben es erlebt, dass auch außerhalb dessen, was in der Geschäftsordnung geregelt wurde, hat beispielsweise Sondersitzungen einberufen wurden. Da hat ein Gericht geurteilt, dass der Stadtrat mit seiner Mehrheit natürlich auch sich über das, was die Geschäftsordnung an der Stelle aussagt, ein Stück weit hinwegsetzen kann und wenn es hier einen mehrheitlichen Wunsch gegeben hätte das Rederecht zu erteilen, hätte das ja auch funktioniert. Ich kann jetzt nur noch an den Oberbürgermeister appellieren, seinen Geschäftsordnungsantrag noch einmal nach hinten zu verlagern. Der Oberbürgermeister hat ganz genau gesehen, dass zwei Vertreter dieser beiden Gremien anwesend sind. Mit einem solchen Geschäftsordnungsantrag jetzt dafür zu sorgen, dass diese beiden Vertreter nicht reden können, halte ich für ernsthaft bedauerlich. Das ist einzig und allein eine Verfahrensfrage und der Oberbürgermeister hat es jetzt in der Hand zu zeigen, inwieweit er den Vertretern

des Kinder- und Jugendrates und des Stadtschülerrates das Wort erteilen lassen möchte oder nicht. Entscheiden Sie es, Herr Oberbürgermeister.

Frau Müller

So, ja Herr Lange, Sie haben sich aber als Geschäftsordnungsantrag gemeldet. Er war es in der Tat nicht gewesen. So, damit sind wir jetzt nicht wirklich weiter in der Debatte. Ich gebe jetzt Herrn, also laut Rednerliste, wie gesagt, der Antrag ist verwiesen. Es kann pro Fraktion nur noch einer reden. Für DIE LINKE wurde bereits gesprochen. Jetzt wäre Herr Senius dran.

Herr Senius

Ich möchte gerne anerkennen, dass sich die Verwaltung Mühe gemacht hat, dieses Konzept zu erstellen. Nehme aber auch zur Kenntnis, zumindest aus den Verlautbarungen, und da bedauere ich auch, dass es jetzt nicht möglich war, die Vertreter des Stadtschülerrates und des Jugendrates zu hören, dass offensichtlich das Konzept des Bedürfnissen der jungen Menschen an Beteiligung, an unmittelbarer Beteiligung im politischen Willensbildungsprozess noch nicht entspricht. Zur Kenntnis zu nehmen sind natürlich auch die Schranken, die das Kommunalverfassungsgesetz letztendlich zieht. Ich möchte gern, dass wir mit den jungen Menschen darüber noch einmal in Ruhe reden können und vielleicht Alternativen bereden können, die sowohl dem kommunalen Verfassungsgesetz gerecht werden als auch den Bedarfen der jungen Menschen gerecht werden. Die Möglichkeiten können sein: Erteilung des Rederechts im Einzelfall, wie bereits ausgeführt. Es wäre meines Erachtens vorstellbar, das vor den Sitzungen, also außerhalb der Sitzungen des Stadtrates, die Vertreter des Jugendparlaments Ihre Anmerkungen, Ihre Hinweise zu den Punkten der Tagesordnung machen und es steht dann jedem frei, diese Anregungen aufzunehmen über Änderungsanträge etc.. Um das in allen Facetten zu diskutieren, würde ich gern den Antrag auch noch verweisen in den Finanzausschuss, damit gegebenenfalls finanzielle Beteiligungen und Möglichkeiten dort erörtert werden können. Eine letzte Anmerkung. Es ist deutlich geworden, das Kommunalverfassungsgesetz zieht Grenzen. Ich würde deshalb anregen, dass alle Stadträte, die auch ein Landtagsmandat haben, das in ihre Landtagsarbeit mit einfließen lassen.

Frau Müller

Vielen Dank, Herr Paulsen bitte.

Herr Paulsen

Ja, sehr geehrter Herr Senius, vielen Dank für die Ausführung. Das ist genau der Weg, den wir gehen müssen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir genau das hier vorgesehen haben. Dass wir sagen, wir nehmen jede Beschlussvorlage und jeden Antrag in das Jugendparlament rein und werden auch jede Stellungnahme des Jugendparlaments zu diesen Anträgen und Beschlussvorlagen, genau wie ein Votum des Ausschusses, dann den Vorlagen zufügen. Das heißt, wir haben diesen Rückfluss an Informationen auf der einen Seite schon bedacht, indem wir es wie einen Ausschuss dort mit als Votum zufügen. Auf der anderen Seite ist ja auch geplant, dass Vertreter der Fraktion beratend im Jugendparlament mitwirken. Insofern gibt es dann nochmal die zusätzliche Verzahnung, die neben den Beteiligung sachkundiger Einwohner oder beratendes Mitglied sowieso möglich ist.

Frau Müller

Vielen Dank. So, jetzt hat Herr Schied von der Herr Schied, einen kleinen Moment. Herr Senius.

Herr Senius

Ich kann das nachvollziehen, Herr Paulsen. Ich glaube aber, es geht verständlicherweise auch den jungen Menschen darum, dass sie im Endeffekt in der Öffentlichkeit vor den Sitzungen die Möglichkeit haben in öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit ihre Anliegen

vorzubringen. Deshalb kein Widerspruch, sondern nur Ergänzung.

Frau Müller

So, jetzt hat Herr Schied von der Fraktion DIE LINKE ausdrücklich einen Geschäftsordnungsantrag. Sie haben kein Rederecht mehr an der Stelle.

Herr Schied

Ich beziehe mich auf den § 24 unserer Geschäftsordnung. Den kann ich mal kurz vorlesen: Bei Zweifeln über die Auslegung und Anwendung dieser Geschäftsordnung entscheidet der Vorsitzende des Stadtrates. Erhebt sich gegen seine Entscheidung Widerspruch, so entscheidet der Stadtrat mit einfacher Mehrheit. Und zwar beziehe ich mich auf das, was Herr Wolter gesagt hat. Es geht hier ja nicht um, also in unserem Geschäftsordnungsantrag geht es um das Rederecht der Stadträte. Und wir wollen hier ja jemand anderem das Rederecht erteilen und zwar zur Klärung des Sachverhaltes. Und deshalb, denke ich, ist es hier ein anderer Sachverhalt und da können wir nach § 24 vorgehen. Das ist meine Meinung. Deshalb beantrage ich, dass die Vorsitzende das jetzt entscheidet.

Frau Müller

Diesen Antrag hatten wir ja entschieden. Herr Schreyer, bitte.

Herr Schreyer

Also der Sachverhalt ist klar in der Geschäftsordnung § 10 Absatz 5 geregelt. Also, Zweifel schwierig. Und der § 24 findet insofern keine Anwendung. § 25 ist einschlägig. Bitte schön.

Frau Müller

Herr Schreyer, bitte führen Sie es noch mal aus.

Herr Schreyer

§ 25 Ihrer Geschäftsordnung, die Sie sich gegeben haben lautet: Von den Vorschriften dieser Geschäftsordnung kann nur im Einzelfall und nur dann abgewichen werden, wenn gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen und kein Mitglied des Stadtrates unverzüglich in der Sitzung widerspricht.

Frau Müller

So, ich entscheide jetzt, dass wir jetzt weiter gehen in der Rednerliste. Der Antrag ist verwiesen. Das Rederecht ist nicht erteilt. Das ist jetzt so. Und wir fahren weiter in der Rednerliste. Und da habe ich als nächstes Herrn Wolter. Sie ziehen zurück? Dann Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Irgendwie sind wir gerade Zeuge eines Trauerspiels, was sozusagen gesunden Menschenverstand über, andersrum, was Geschäftsordnung über gesunden Menschenverstand stellt. Das nur eine kleine Anmerkung am Rande. Da merken wir nämlich schon gleich wie es ist mit der Mitbestimmung von Kinder- und Jugendlichen in unserer Stadt, wenn das nicht mal möglich ist, dass sie hier das Rederecht bekommen. Inhaltlich, leider muss ich mich jetzt auf eine gewisse seltsame Art zur Fürsprecherin oder zum Sprachrohr der Jugendlichen machen lassen, indem nämlich der erste Paragraph, oder der erste Punkt der Vorlage der Stadtverwaltung zumindestens von den Vertreterinnen des Kinder- und Jugendrates und des Stadtschülerrates so nicht betrachtet wird. Das heißt, wir haben vor einem Jahr oder so diesen ganzen Prozess in Gang gesetzt und es gab ja von vielen Fraktionen die Intention, diese Beteiligungsmöglichkeiten zu verstärken und zumindestens was ich gehört habe, stimmen diese beiden Kinder- und Jugendlichen-Institutionen der Tatsache nicht zu, dass das mit Ihnen gemeinsam erarbeitet wurden ist und konsensual ist. Das heißt, insofern macht eine Vertagung wirklich Sinn und auch der Antrag von Hauptsache Halle, dort eben das auch noch einmal zu konkretisieren, was den

Satzungsentwurf betrifft und auch was den Zeitraum der Umsetzung betrifft. Insofern sollten wir das und hoffentlich dann mit einer einhelligen Möglichkeit, dass die Kinder und Jugendlichen auch zu Wort kommen, sowohl in dem Finanzausschuss als auch in den Kinder- und Jugendhilfeausschuss, dem Bildungsausschuss und dementsprechend dann auch im Hauptausschuss verweisen und das werden wir ja wohl bis zum dritten Quartal dann auf der Tagesordnung haben. Und, wenn wir das in 2020 umsetzen wollen, dann kriegen wir da hoffentlich eine gute Entscheidung miteinander hin.

Frau Müller

Herr Paulsen, bitte.

Herr Paulsen

Ja, sehr geehrte Frau Brock, wir haben diesen Antrag nur ein wenig überarbeitet. So, wie er vorlag, ist er zusammen mit den beiden Gremien, Stadtschülerrat und Kinder- und Jugendrat, grundsätzlich erarbeitet wurden. Es gab dann nachdem die Beschlussvorlage vorlag diesen Dissens darüber oder die Unklarheit darüber, kann man Rede- und Antragsrecht verankern oder nicht. Aber seien Sie sicher, wir haben in diesem Jahr mehrfach den Stadtschülerrat und den Kinder- und Jugendrat darum gebeten, hier ihre Meinung zu kund zu tun und auch vorzuschlagen, welchen Weg Sie gerne möchten. Wir haben dazu leider keine Rückmeldung erhalten und darum jetzt auf diesem Wege nochmal an Sie und natürlich dann in der Folge auch die Möglichkeit, für die Kinder und Jugendlichen das zu diskutieren und zu sagen, welche Richtung es gehen soll. Es ist eine Beschlussvorlage. Sie können Änderungsanträge machen. Ich glaube, wir können das auch relativ unemotional diskutieren. Jeder hat die Möglichkeit, hier seine Vorstellungen einzubringen und danach werden wir sehen, was mehr empfindet und was rechtlich möglich ist.

Frau Müller

Vielen Dank und Herr Schachtschneider.

Herr Schachtschneider

Ja, meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob jeder mitbekommen hat, was hier gerade passiert ist. Also, ich meine, ich halte es dem neuen Rat erstmal ein bisschen zu gute, aber es ist ein Bild, was wir beim letzten Mal abgegeben haben. Wir haben ewig darüber diskutiert. Es ist ein Jahr her. Wir waren uns alle ziemlich einig, dass wir eigentlich etwas wollten, was natürlich die, die es hauptsächlich betrifft auch ausfüllen wollen und auch sollen. Und jetzt machen wir hier eine Paragraphen-Reiterei. Wir stellen hier Geschäftsordnungsanträge, die keine sind und versuchen da irgendwohin. Ich denke, wir sollten es schleunigst heilen, wir können es heute nicht mehr. Aber, wenn wir das in den Ausschüssen, vier Ausschüsse habe ich jetzt mitbekommen, wenn wir es dort behandeln, also, dann bitte ich eigentlich alle bitte ein bisschen um Disziplin und dass wir über die Sache reden, mit den Betroffenen reden und nicht so etwas abgeben. Also, mir tut es wirklich richtig leid, dass es so gelaufen ist. Ich hätte die beiden gerne gehört.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich würde ganz gern losgelöst von allen Dingen, die wir jetzt hier formell diskutiert haben, würde ich die zentralen Sätze noch einmal, der Wahl zu einem solchen Jugendparlament, noch einmal deutlich machen. Für die Wahl der 15 Mitglieder sind alle Kinder und Jugendlichen wahlberechtigt, die am Wahltag das 6. Lebensjahr schon und das 22. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und ihren Hauptwohnsitz seit mindestens 3 Monaten vor dem Wahltag in Halle haben. Das heißt, alle sind wahlberechtigt. Das ist eine immense Erweiterung zu den unterschiedlichen Organisationen, wie wir es haben. Es ist ein echtes Jugendparlament, was wir hier bekommen. Das ist der große Fortschritt, den wir haben. Wir

haben jetzt einzelne, Kinder- und Schülerrat und, und, und, einzelne Gruppen, aber hier wählen alle Kinder und Jugendlichen mit und das ist das große Pre, das materielle Pre, der Zusatz, den Zugewinn, den wir hier bekommen.

Frau Müller

Herr Dr. Thomas.

Herr Dr. Thomas

Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben diesen Änderungsantrag eingebracht mit folgenden Schwerpunkten: Erstens wollten wir das gemeinsame betonen, also die Erarbeitung der Satzung des Jugendparlamentes gemeinsam mit den Jugendlichen und nicht unter Einbeziehung. Wir wollen anbieten, anregen, den Jugendlichen, den Vertretern des Jugendparlamentes, den Status eines Interessenvertreters zu geben und damit hier ein Anhörungsrecht zu einzelnen Punkten der Tagesordnung zu haben. Und das haben wir noch erweitert, indem wir dieses Anhörungsrecht generalisieren wollen. Und ich glaube, die Diskussion, die wir gerade hatten, führt genau in die richtige Richtung. Wenn wir den Jugendlichen nicht die Gelegenheit geben hier mit uns zu reden, dann werden sie das irgendwann nicht mehr tun. Denken Sie an Kreta, die hat selbst Trump den Stuhl vor die Tür gesetzt. Das ist ein kleines mutiges Mädchen, wir sollten davon etwas lernen. Danke schön.

Frau Müller

Und Frau Mark.

Frau Mark

Ja, wir sind ja noch als Fraktion neu im Stadtrat und uns sind einige Dinge unbegreiflich oder nicht ganz verständlich. Wenn hier gesagt wird, dass das ganze Konzept erarbeitet wurde, zusammen mit den betroffenen Jugendlichen und ich nach hinten einfach nur gucke, weil ich geradeaus schaue, da sehe ich ganz viel Kopfschütteln. Und da frage ich mich, wie das zustande kommt beziehungsweise der Eindruck bei der Stadtverwaltung zustande kommt, dass die Interessen derjenige, die da hinten sitzen, hier schon vollumfänglich vertreten wurden. Also, da kann irgendwas nicht stimmen. Dann ist mir auch nicht ganz begreiflich, wenn wir immer sagen, die Jugendlichen sollen sich beteiligen, wir sind ganz alle drauf gespannt, welches Bild wir heute eigentlich den Jugendlichen mitgeben. Wir haben heute angefangen mit der Versammlung vom August-Bebel-Platz, bei dem hier ein junger Mann stand und sagte, wir sind diejenigen, die dort vielleicht am meisten betroffen sind, wir sind vielleicht auch diejenigen die dort Musik hören und wir möchten mit den Leuten auch mal darüber ins Gespräch kommen. Die kriegen eine Absage mit der Begründung, es gibt keinen Platz, es gibt dies nicht, es gibt das nicht. Wo der junge Mann natürlich zu Recht darauf hinweist, es gab durchaus Platz. Das ist eine andere Frage.

Es ist mir auch nicht begreiflich, wenn hier auf Normen ganz konkret verwiesen wird. So wird ja der § 25 herangezogen. Der ganz konkret vorgibt: Von den Vorschriften dieser Geschäftsordnung kann abgewichen werden. Aber wir weichen ja gar nicht von den Vorschriften ab, denn es gibt ja den § 24, auf den wir ja bereits zurückgekommen sind: Im Zweifel, das heißt, im Zweifel über die Auslegung dieses Paragraphen. Den gibt es. Wir müssen von unserer Geschäftsordnung nicht abweichen, weil die genau den Fall regelt, den wir hier haben. Und daher ist es für mich aus juristischer Sicht nicht nachvollziehbar und falsch, einfach ehrlich gesagt falsch, warum der 24 nicht einfach rangezogen wird, wie gesagt wurde. Der 25 ist ja ein Auffangtatbestand für den Fall, dass es wirklich keine Regelung in der Geschäftsordnung gibt. Und die gibt es aber.

Frau Müller

Gut, gibt es weitere Redebeiträge? Die sehe ich nicht. Dann nehmen wir diesen Tagesordnungspunkt jetzt alle als Lehrstück. Ich möchte auch an die Vertreterinnen im

Plenum einfach sagen: Tut mir leid, dass das jetzt, ich denke, für umsonst haben Sie nicht hier gegessen, aber es ist jetzt so, wie es ist. Und über den Antrag brauchen wir nicht abzustimmen, weil er ist verwiesen und zwar in den Jugendhilfeausschuss, in den Hauptausschuss und in den Finanzausschuss und in den Bildungsausschuss auch noch. Gibt es noch einen Ausschuss, wo er hin soll? Gut. Alles klar.

-Ende Wortprotokoll -

**zu 7.1 Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00169**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Bildungsausschuss,
Jugendhilfeausschuss
und
Hauptausschuss
sowie
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt das Konzept zur Einrichtung eines Jugendparlamentes, das gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendrat und dem Stadtschülerrat erarbeitet wurde.
2. Die Stadtverwaltung erarbeitet bis zum 3. Quartal 2019 unter Einbindung des Kinder- und Jugendrates und des Stadtschülerrates eine Satzung und eine Wahlordnung für das Jugendparlament.
3. Das Jugendparlament soll im 3. Quartal 2020 in einer konstituierenden Sitzung die Arbeit aufnehmen.

zu 7.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2019/00244

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Bildungsausschuss,
Jugendhilfeausschuss
und
Hauptausschuss
sowie
durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Punkte 2. und 3. werden wie folgt ergänzt und der Beschlussvorschlag wird um Punkt 4. und 5. erweitert:

Beschlussvorschlag:

4. Der Stadtrat bestätigt das Konzept zur Einrichtung eines Jugendparlamentes, das gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendrat und dem Stadtschülerrat erarbeitet wurde.
5. Die Stadtverwaltung erarbeitet bis zum 3. Quartal 2019 ~~unter Einbindung~~ **gemeinsam mit dem** des Kinder- und Jugendrates und ~~des dem~~ Stadtschülerrates eine Satzung und eine Wahlordnung für das Jugendparlament.
6. Das Jugendparlament soll im ~~3.~~ **2.** Quartal 2020 in einer konstituierenden Sitzung die Arbeit aufnehmen.
7. **Die Vertreter des Jugendparlamentes gelten als Interessenvertreter nach § 9, Ziff. 6, Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates.**
8. **Der Stadtrat beschließt, die Vertreter des Jugendparlamentes als Interessenvertreter zu allen Punkten der Tagesordnung des Stadtrates zu hören.**

zu 7.2 Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland
Vorlage: VII/2019/00105

zu 7.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland
Vorlage: VII/2019/00258

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. –

Frau Müller

Dann machen wir weiter mit Punkt 7.2 – Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland. Auch hierzu gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI. Und ich frage um Redebedarf. Frau Dr. Schöps, bitteschön.

Frau Dr. Schöps

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, liebe Stadträtinnen und Stadträte, ich möchte unseren Änderungsantrag einbringen und vorher betonen, dass unsere Fraktion der Beschlussvorlage vorbehaltlos zustimmt. Also der Unterzeichnung dieser Charta. Aber wir möchten die Beschlussvorlage um zwei Punkte ergänzen, um diese Unterzeichnung, die ausschließliche Symbolwirkung zu nehmen und eine gewisse Wirkung in unserer Stadtgesellschaft, also in der Kommune zu verschaffen. Deshalb schlagen wir als ersten Ergänzungspunkt vor, eine nachhaltige geeignete Information der Öffentlichkeit darüber, dass Halle die Ziele dieser Charta unterstützt, unterzeichnet hat und danach verfahren wird. Und als zweiten Punkt, als ein Punkt der Umsetzung praktisch in Halle, die besondere Beachtung ehrenamtlicher Tätigkeit im Palliativ- und Hospizbereichen bei der Ehrung ehrenamtlicher Tätigkeiten zu berücksichtigen und das mit dem Engagement-Beirat entsprechen abzustimmen. Das sind die beiden Punkte, die wir ergänzen möchten. Ich bitte alle Stadträte um Zustimmung. Danke.

Frau Müller

Vielen Dank. Herr Senius.

Herr Senius

Ja, dem Antrag ist in der Tat nur zuzustimmen. Auch dem Änderungsantrag in der Erweiterung, sofern es nicht schon Übung in der Stadt ist. Es ist ein sehr anerkennendes Bekenntnis zur Unterstützung von Menschen auf der letzten Wegstrecke ihres Lebens. Ich kann dem deshalb in allen Punkten folgen. Etwas irritiert bin ich über die Begründung der Verwaltung, in der sie die Begrenzung der Unterstützungsleistung auf ideelle und politische Bereiche begrenzt. Ich denke, es gibt auch gute Möglichkeiten und Gründe, diese Begrenzung nicht nur auf ideellen und politisches Engagement zu begrenzen, sondern auch finanzielle Möglichkeiten mit einbeziehen. Ich denke, mit dieser gedanklichen Erweiterung kann man die Angelegenheit nur gutheißen und wir schließen uns als Fraktion den beiden Anträgen, also Antrag und Änderungsantrag an.

Frau Müller

Vielen Dank. Und Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Ja, uns ist im Vorfeld oder als wir gesehen haben, dass das hier auf die Tagesordnung gesetzt wurden ist, ist uns eigentlich, ja, ein bisschen unwohl geworden. Dadurch, dass wir hier einfach eine wichtige Sache undiskutiert einfach durchwinken. Nicht, weil wir nicht denken, man würde hier keine Mehrheit kriegen. Sondern, weil eigentlich gerade das, was es bedeuten kann, auch was sich zum Beispiel im Änderungsantrag zeigt oder was solche Handlungsempfehlung zeigt, dass es eigentlich eine Unterschätzung der Dimension dieses Antrages ist, wenn wir ausschließlich beschließen, dass der Oberbürgermeister das unterschreibt. Das ist wahrscheinlich noch nicht mal Wert in der Presse mitgeteilt zu werden. Sondern, es braucht eigentlich eine für die Stadtgesellschaft relevante Diskussion, Information und entsprechende Folgen, die sich daraus entwickeln. Und insofern würden wir das gerne im Gesundheits- und Sozialausschuss noch einmal vertiefen, was diese Unterschrift dann auch wirklich bedeutet. Weil einfach nur unterschrieben ist nicht umgesetzt.

Frau Müller

Dankeschön. Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Brock, was die Charta bedeutet steht alles im Antragstext und in der umfangreichen Charta.

Frau Müller

Und Herr Raue.

Herr Raue

Ja, auch die AfD begrüßt den Änderungsantrag der Mitbürger. Wir schließen uns da auch an. Wir sind allerdings etwas überrascht, denn wir hatten im Sozialausschuss im vergangenen Jahr ja genau das Thema Kinderhospiz gehabt. Und die hatten meiner Erinnerung nach 25.000 Euro zusätzliche Förderung beantragt und die hier im Rat versammelten Fraktionen haben es fertig gebracht, die 25.000 Euro nicht zu gewähren, sondern das zu kürzen auf 5.000 Euro. Und stattdessen haben Sie im Prinzip die Mittel freigemacht für die Verwendung für ihre, für ausländische Flüchtlinge, die in diesem Falle, ich glaube, es war die Jugendwerkstatt, die in diesem Falle hauptsächlich an die deutsche Gesellschaft gewöhnt werden sollen. Sie haben also quasi diejenigen, die das Geld wirklich am dringendsten brauchten, weil sich die Eltern und die Kinder eben in einer schwersten Situation befinden, in der man sich befinden kann, den haben Sie das Geld einfach schlichtweg gekürzt, um das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern in irgendeiner Form zu regeln oder zu fördern, dass die da irgendwo Party machen können. Ich fand das schon damals sehr bemerkenswert. Und ich freue mich natürlich, dass Sie da jetzt eine Kehrtwende machen, allerdings momentan sind das alles nur Lippenbekenntnisse. Ich bin mal gespannt, ob dem Kinder- und Jugend oder dem Kinderhospiz in diesem Haushaltsjahr die entsprechenden Mittel gewährt werden. Da schaue ich mal, ob Sie dann wieder deren Forderung zusammen streichen und dann sprechen wir uns in jedem Fall wieder, weil ich das dann hier im Rat thematisieren werde. Aber wir werden Sie an Ihren Taten messen.

Frau Müller

Herr Schied.

Herr Schied

Ich habe ja damals noch selbst im Sozialausschuss gesessen und habe das damals den Mitgliedern des Sozialausschusses, die neu darein gekommen sind, versucht zu erklären, wie das Ganze zustande kommt und wie, das da niemandem Geld gekürzt wird. Ich finde es bedauerlich, dass sich diese Leute, dass es Leute gibt, die sich mit der ganzen

Angelegenheit bisher noch nicht wirklich auseinandergesetzt haben, denen es eigentlich auch schnurzipieegal ist, und die das ganze nur für plumpe Stimmungsmache hier benutzen. Das finde ich widerlich.

Frau Müller

Vielen Dank. Gibt es weiteren Redebedarf? Herr Heym. Entschuldigung, das ist richtig. Der Antrag ist verwiesen. Nur einmal pro Fraktion in dem Fall. Gut, ansonsten sehe ich keinen Redebedarf. Damit ist der Antrag verwiesen in den SGGA.

- Ende Wortprotokoll -

**zu 7.2 Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland
Vorlage: VII/2019/00105**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat unterstützt die Ziele der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland (www.charta-zur-betreuung-sterbender.de) und beauftragt den Oberbürgermeister, für die Stadt Halle (Saale) diese Charta zu unterzeichnen.

**zu 7.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur
Beschlussvorlage Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender
Menschen in Deutschland
Vorlage: VII/2019/00258**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird um zwei Beschlusspunkte ergänzt:

2. Die Stadt Halle (Saale) informiert die Stadtgesellschaft in angemessener Weise über die Unterzeichnung der Charta, deren Ziele sowie über sich daraus ergebende Handlungsempfehlungen und konkrete Maßnahmen in unserer Stadt.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Engagement-Beirat regelmäßig eine Ehrung von Menschen, die in der Hospiz- und Palliativversorgung ehrenamtlich tätig sind, vorzunehmen.

**zu 7.3 Neufassung der Satzung der Saalesparkasse und Besetzung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse
Vorlage: VII/2019/00033**

Zur Verfahrensweise erklärte **Frau Müller**, dass die Beschlusspunkte getrennt voneinander abgestimmt werden (EinzelpunktAbstimmung). Bei den Ziffern zwei bis fünf ist die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder nötig, dementsprechend wird das Stimmverhalten ausgezählt. Bei den Ziffern vier und fünf erfolgt ein Losverfahren zwischen CDU und LINKE, um den Zugriff der Fraktion zu ermitteln. Die geloste Fraktion benennt dann eine Vertreterin/einen Vertreter und dieser Vorschlag muss dann entsprechend bestätigt werden. Wenn keine Mehrheit für diesen Vorschlag stimmt, muss ein neuer Personenvorschlag erfolgen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Verfahren oder sonstige Redebeiträge.

Frau Müller bat um Abstimmung des Beschlusspunktes 1.

Bezüglich des Beschlusspunktes 2 sagte **Herr Scholtyssek**, dass die CDU-Fraktion Herrn Mario Schaaf vorschlägt. Die Personenvorschläge von der Fraktion DIE LINKE mit Herrn Hendrik Lange und von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Herrn Dennis Helmich wurden vorab der Stadtratssitzung beim Team Ratsangelegenheiten angezeigt.

Frau Müller stellte die Anwesenheit mit 54 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest und bat um Abstimmung des Beschlusspunktes 2 und dessen Auszählung.

Bezüglich der Beschlusspunkte 4 und 5 sagte **Herr Scholtyssek**, dass die Fraktionen CDU und LINKE in der Annahme waren, untereinander klären zu können, welche Fraktion welchen Zugriff begehrt. Da das Losverfahren gesetzlich vorgeschrieben ist, stehe man vor einer Herausforderung. Er bat darum, dass zuerst das Losverfahren zu den Beschlusspunkten 4 und 5 erfolgt. Anschließend kann die CDU einen Personenvorschlag für den Beschlusspunkt 3 benennen.

Es gab keine Widerrede gegen diesen Verfahrensvorschlag. **Frau Müller** und **Herr Stehle** führten das Losverfahren vor den Augen des Rates durch. Im Beschlusspunkt 4 fiel das Los auf die CDU-Fraktion und im Beschlusspunkt 5 fiel das Los auf die Fraktion DIE LINKE.

Herr Dr. Meerheim schlug für Beschlusspunkt 5 Herrn Eberhard Doege vor. **Herr Scholtyssek** schlug für Beschlusspunkt 4 Frau Marion Krischok und in der Folge für Beschlusspunkt 3 Herrn Tobias Schwab vor.

Frau Müller ließ die Beschlusspunkte 3, 4 und 5 abstimmen und auszählen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

EinzelpunktAbstimmung

Pkt. 1	einstimmig zugestimmt
Pkt. 2	einstimmig zugestimmt 51 Ja Stimmen 0 Nein Stimmen 1 Enthaltung

Pkt. 3	einstimmig zugestimmt 52 Ja Stimmen 0 Nein Stimmen 2 Enthaltungen
Pkt. 4	einstimmig zugestimmt 51 Ja Stimmen 0 Nein Stimmen 3 Enthaltungen
Pkt. 5	einstimmig zugestimmt 48 Ja Stimmen 0 Nein Stimmen 4 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung der Saalesparkasse.
2. Der Stadtrat entsendet in den Verwaltungsrat der Saalesparkasse die folgenden 3 Mitglieder, die dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) angehören („Gruppe 1“ - § 9 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 11 Abs. 2 Satz 3 Alternative 1 SpkG-LSA):

vorschlagsberechtigte Fraktion	Name
CDU	Mario Schaaf
DIE LINKE.	Hendrik Lange
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Dennis Helmich

3. Der Stadtrat entsendet in den Verwaltungsrat die folgenden 2 Mitglieder, die für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wählbar sind („Gruppe 2“ - § 9 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 11 Abs. 2 Satz 3 Alternative 2 SpkG-LSA):

vorschlagsberechtigte Fraktion	Name
CDU	Tobias Schwab
DIE LINKE.	Rüdiger Ettingshausen

4. Der Stadtrat entsendet in den Verwaltungsrat einen Stellvertreter für die Gruppe 1 der weiteren Mitglieder (§ 11 Abs. 2 Satz 6 Alternative 1 SpkG-LSA):

vorschlagsberechtigte Fraktion	Name
CDU	Marion Krischok

5. Der Stadtrat entsendet in den Verwaltungsrat einen Stellvertreter für die Gruppe 2 der weiteren Mitglieder (§ 11 Abs. 2 Satz 6 Alternative 2 SpkG-LSA):

vorschlagsberechtigte Fraktion	Name
DIE LINKE	Eberhard Doege

zu 7.5 Bestellung einer Beschäftigtenvertretung für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung
Vorlage: VII/2019/00012

Zur Verfahrensweise erklärte **Frau Müller**, dass über die beiden Personenvorschläge einzeln und in alphabetischer Reihenfolge abgestimmt wird. Es ist die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder notwendig, um bestellt zu sein. Die Abstimmung wird ausgezählt. Sollte die erste Person (Frau Birgit Schmeil) bereits die Mehrheit erreichen, ist über den zweiten Personalvorschlag (Herr Volker Weise) nicht mehr abzustimmen.

Frau Müller ließ den Personenvorschlag Frau Birgit Schmeil abstimmen. Diese erhielt die Mehrheit der Stimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

42 Ja Stimmen
1 Nein Stimme
9 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat bestellt Birgit Schmeil, von der Personalvertretung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung vorgeschlagene Bedienstete, als Beschäftigtenvertreterin in den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung:

zu 7.6 Umsetzung von Stellen mit Förderung nach Teilhabechancengesetz, § 16 i des SGB II, in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04899

Herr Lange sagte, dass die Vorlage schon eher hätte dem Rat vorgelegt werden können. Er bedauere dies.

Herr Senius sagte, er begrüße das Engagement der Stadtverwaltung. Bis zum Schluss waren viele Abstimmungsgespräche zu führen, um stabile Finanzierungsmöglichkeiten auszuloten. Es waren auch viele Absprachen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und anderen Ordnungsgebern nötig. Das alles hat schließlich zu einem guten Ergebnis geführt. Die Verwaltung habe auch die richtigen Einsatzfelder im Konzept angelegt und ausgesucht. Es ist schön, dass nun 100 Hallenser aus einer langen Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung zu fair entlohnten Bedingungen bekommen.

Herr Wolter fragte nach den Kosten für 2019, welche aus dem Produkt EfA vorfinanziert werden und in den Folgejahren durch den Gesamthaushalt im Rahmen der Haushaltsplanung gesichert werden. Er fragte nach der genauen Höhe der Kosten für 2019. Eine Darstellung im nächsten Finanzausschuss wäre wünschenswert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt in Vorgriff auf den Beschluss zum Haushalt 2020 ff. die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes ab 01.09.2019 mit insgesamt 100 Stellen für 60 Monate, mit einer Förderung nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II § 16 i) innerhalb der Stadtverwaltung über den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale).
2. Zur Deckung des kommunalen Eigenanteils von 19% wird der Zuschuss an den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung in den Jahresscheiben 2020 - 2024 um folgende Beträge, gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung 2019 ff, erhöht.

2019	0 €
2020	338.092 €
2021	389.106 €
2022	755.561 €
2023	1.147.075 €
<u>2024</u>	<u>946.403 €</u>
<u>Summe</u>	<u>3.576.237 €</u>

3. Die Deckung für die Jahresscheibe 2019 wird aus dem Produkt 1.57104 vorfinanziert und in den Folgejahre durch den Gesamthaushalt der Stadt Halle (Saale) im Rahmen der Haushaltsplanung 2020 ff gesichert.
4. Die im Wirtschaftsplan 2019 ff. des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) der Stadt Halle (Saale) gesperrten 100 Stellen werden zur Umsetzung des Programms sofort freigegeben.

**zu 7.7 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2019/00209**

Herr Wolter fragte nach den Spenden für den Park der Olympiasieger. Bezüglich des Laternenfestes fragte er nach, ob es für die Kosten für Lasershow und Feuerwerk in Höhe von 50.000 Euro weitere Spenden gab.

Frau Ernst antwortete, dass die Stelen im Park der Olympiasieger in Gänze bei der Stiftung Sport verbleiben und es keiner Spende bedarf. Bezüglich des Laternenfestes ist die vom Rat beschlossene Spende aufgewandt wurden. Im Übrigen ist die Stadtmarketing Halle GmbH für die Finanzierung verantwortlich.

Herr Lange fragte nach der Veranstaltung Wasserentnahme am Hufeisensee, welche auf dem Areal des Golfplatzes stattfand. Er fragte, ob hierfür die Stadt aufkam oder ob dies vom Golfplatz zur Verfügung gestellt wurde, ggf. ob es Sachspenden gab. Gleiches bei einer Veranstaltung am gestrigen Tag beim Puschkinhaus. Sollte dies unter der Grenze liegen, die der Stadtrat beschließen muss, interessiere ihn die Einnahmen der Stadtverwaltung.

Frau Ernst antwortete, dass der Stadt für die Veranstaltung im Puschkinhaus eine Rechnung gestellt wurde. Für die Veranstaltung auf dem Golfplatz am Abschlagplatz wurde die Summe vom Golfplatz zur Verfügung gestellt. Diese liegt unterhalb der Spendengrenze von 1000 Euro und wird im Rahmen der vierteljährlichen Spendenübersicht erfasst.

Frau Dr. Wünscher fragte, in welchem Zusammenhang die gestellten Anfragen mit der Beschlussvorlage stehen. Hier hat eine Abstimmung über die im Beschlusstext dargestellte Spende zu erfolgen. Es kann nicht über weitere und andere mögliche Spenden diskutiert werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen:

Geldspende von der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung, Glauchaer Straße 68, 06110 Halle (Saale) in Höhe von 1.798,95 Euro – für die Stadtbibliothek Halle (Saale) (PSP-Element 1.27201 – Stadtbibliothek)

zu 8 Wiedervorlage

**zu 8.1 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU/FDP und DIE LINKE zur Neuplanung eines Schulhofs für das Neue Städtische Gymnasium im Bereich Schülershof
Vorlage: VI/2019/05091
- erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters -**

**zu 8.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU/FDP und DIE LINKE zur Neuplanung eines Schulhofs für das Neue Städtische Gymnasium im Bereich Schülershof
Vorlage: VI/2019/05351**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass man sich dahingehend verständigt hatte, dass die Verwaltung in der Sommerpause Abstimmungen mit der Schule, dem Schulleiter und der Elternvertretung führt. Am 20.08.2019 wurden in der Beigeordnetenkonferenz drei Alternativen zur Gestaltung der Innenhöfe vorgestellt. Der Schulleiter hat mit der Elternschaft intensiv diskutiert. Besonders für ältere Schüler sollen Entspannungsräume geschaffen werden, welche sich in den Zwischenhöfen anbieten. Ziel ist es, die Hinterhöfe zu möblieren und diesen einen Entspannungscharakter zu verleihen. Im Ergebnis favorisiere man die zweite Alternative. Die Ausschreibung würde von der Verwaltung selbstständig eingeleitet werden. Eine Fertigstellung ist zum Schuljahr 2021/22 möglich. Er betonte, dass der Schulleiter mit dieser Variante einverstanden ist. Mit dieser Variante wäre der rechtswidrige Beschluss des Stadtrates ebenfalls obsolet. Eine mögliche Vertagung des Tagesordnungspunktes ist möglich.

Frau Ranft bedankte sich für das Kompromissangebot. Ihre Fraktion sei mit diesem aber nicht einverstanden. Man habe Verständnis, dass der Schulleiter gern seine Innenhöfe hergerichtet und nutzen möchte. Dies sei auch zu unterstützen. Dadurch würde aber nur Raum für lediglich 80 Schüler geschaffen werden und das ist zu wenig. Die Situation könnte sich bei einem anderen Schulleiter ganz anders darstellen. Von daher sollte der Beschluss vollzogen werden, so wie es der Antrag vorsieht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die rechtliche Auffassung so nicht in Ordnung ist. Die Zuordnung zu einem übergeordneten Interesse bezieht sich auf das Entwidmungsverfahren eines öffentlichen Bereiches.

Herr Eigendorf sagte, dass der Widerspruch des Oberbürgermeisters und seine eben getätigten Ausführungen widersprüchlich sind. Die optimale Lösung sieht man als mitantragsstellende Fraktion im Antrag dargelegt. Er fragte, wie die favorisierte Variante der Innenhöfe finanziert werden soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Rederecht für Herrn Zeigermann, damit dieser die Kostenplanung vorstellen kann.

Herr Zeigermann sagte, dass die Kosten für die Variante mit Glasausführung 1,2 Millionen Euro betragen würden. Eine Alternative mit Gitterrost und unterlagertem Glas würde maximal 500.000 Euro kosten. Bei der dritten Variante wäre man bei Kosten in Höhe von 300.000 Euro für beide Innenhöfe inklusive der Untergeschosse, mit Fahrradabstellplätzen und aller Abbrüche.

Frau Jacobi machte auf den geänderten Änderungsantrag aufmerksam und brachte diesen ein.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass man nicht darauf bauen kann, dass die älteren Schüler das Schulgelände verlassen. Daher der Vorschlag, die Fläche um ca. 450 qm Fläche nach draußen zu erweitern.

Herr Schachtschneider fragte, ob die Beschlussvorlage vertagt werden könnte, ohne, dass Folgen auftreten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass eine Vertagung rechtlich möglich und unschädlich wäre. Die Verwaltung würde zum nächsten Stadtrat eine neue Beschlussvorlage einbringen. Er stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Frau Ranft sprach sich gegen eine Vertagung aus und argumentierte, dass sonst weitere vier Wochen Zeit verstreichen würden ohne Ergebnis. Es sollte jetzt eine Entscheidung fallen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag, so dass **Frau Müller** um Abstimmung dessen bat.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
GO-Antrag auf Vertagung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte abschließend, dass die Verwaltung mit voller Kraft an der Vorlage arbeiten wird, sodass ein rechtzeitiges Vorlegen möglich ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

- zu 8.1 **Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU/FDP und DIE LINKE zur Neuplanung eines Schulhofs für das Neue Städtische Gymnasium im Bereich Schülershof**
Vorlage: VI/2019/05091
- erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters -
-

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat hebt den am 23.03.2017 gefassten Baubeschluss Freiflächengestaltung Schülershof, 1. BA (VI/2016/02570) auf.
2. Die Planungen für die Freiflächen Schülershof werden unter folgenden Maßgaben überarbeitet:
 - a. Das Gymnasium erhält einen abgegrenzten Bereich zur Nutzung als Schulhof, der direkt südlich an das Gebäude der ehemaligen Gutjahrschule grenzt und genügend Schulhoffläche für ca. 450 Schüler*innen bietet.
 - b. Für die Aufteilung der Fläche zwischen dem Gebäude der Schule und der Straße „Schülershof“ (siehe zeichnerische Darstellung in der Antragsbegründung) ist zwischen den Nutzungen Gehweg, Ruhender Verkehr und Schulhof ein Kompromiss bei der Flächenaufteilung zu finden. Dem Stadtrat sind hierzu planerische Lösungsvorschläge mit jeweils unterschiedlichen Verteilungen der Nutzungsarten vorzulegen.
 - c. Zu den entwickelten Varianten sind jeweils die Auswirkungen auf die bisher beantragten und für weitere Bauabschnitte vorgesehenen Fördermittel im Bereich Schülershof darzustellen.
3. Die Neuplanung mit Varianten und einer Vorzugsvariante sind dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

- zu 8.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU/FDP und DIE LINKE zur Neuplanung eines Schulhofs für das Neue Städtische Gymnasium im Bereich Schülershof**
Vorlage: VI/2019/05351
-

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. **Die Beschlusspunkte 1 und 2 werden gestrichen.**
2. Punkt 3 des Antrages wird wie folgt geändert:
3. Die ~~Für die Neuplanung~~ **Herstellung eines adäquaten Schulhofes für das Neue Städtische Gymnasium** ~~mit Varianten und einer Vorzugsvariante sind dem Stadtrat zur Beschlussfassung~~ **zudem für folgende Gestaltungen** ~~baufachliche~~ **Einschätzungen und Kostenprognosen sowie Vorzugsvarianten** vorzulegen:
 - **Statische Sicherung und Herrichtung des Auladaches als Aufenthaltsort**
 - **Herrichtung von zwei Innenhöfen durch eingezogene Plattformen mit darunter liegenden Fahrradabstellanlagen**

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof
Vorlage: VII/2019/00109

zu 9.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof
Vorlage: VII/2019/00257

Herr Scholtyssek brachte den Antrag im Namen der CDU-Fraktion ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass vor zwei Jahren das Wohnraumaufsichtsgesetz im Landtag verabschiedet wurde. Dieses ermöglicht es, Wohnraum für unbewohnbar zu erklären, wenn tatsächlich Dinge auftreten, die unzumutbar sind. Da diese Aspekte immer wieder diskutiert wurden, fand am gestrigen Tag eine Besichtigung mit allen zuständigen Fachbereichen und dem Eigentümer statt. Im Ergebnis möchte der Eigentümer der Schlosserstraße den gesamten Hauszug leerziehen. Im gesamten Block wohnen nur noch zwei Familien, alle anderen Familien sind bereits ausgezogen. Die beiden besichtigten Wohnungen waren in einem sehr guten Zustand. Nebenbei hat der Eigentümer begonnen, die Blöcke zu sanieren. Eine weitere Vermietung an diese Personengruppe möchte er nicht mehr vornehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Hauptausschuss.

Herr Dr. Wend sagte, dass das Ansinnen des CDU-Antrages grundsätzlich positiv ist. Kritisch ist die Aussage der Verwaltung, dass die Problemlösung auf einem guten Weg ist, denn oft stellt dies das als nicht ganz so positiv heraus. Aus diesem Grund der Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI, welchen Herr Dr. Wend einbrachte.

Herr Eigendorf sagte, dass eine Diskussion im Hauptausschuss nicht ausreichend ist und verwies den Antrag zusätzlich in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 9.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof
Vorlage: VII/2019/00109

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch
Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss
sowie durch
Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) koordiniert eine Bürgerversammlung, insbesondere für Anwohner des Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof (Schlosserstraße – Roßbachstraße- Schmiedstraße - Breitenfelder Straße-Merseburger Straße).
Wünschenswert die Beteiligung weiterer relevanter Akteure (Vertreter von Vermietern und kommunalen Wohnungsgesellschaften, Eltern/Schülern der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten, Schulsozialarbeitern der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten, Mitarbeitern des Roma-Projektes der AWO SPI, Verwaltungsmitarbeitern und Polizei).
Die Stadtverwaltung lädt die Bewohner der Schlosserstraße und anliegender Straßen kurzfristig, aber spätestens bis zum 30. September 2019, zu einer Bürgerversammlung ein.
Diese Versammlung soll sich mit den in der Einwohnerfragestunde zur Stadtratssitzung am 29. Mai 2019 benannten Themen zur aktuellen Situation in der Schlosserstraße befassen.
Der Stadtrat ist zeitnah über den Termin in Kenntnis zu setzen.
2. Die Verwaltung prüft, inwieweit im Viertel um Loests Hof (Schlosserstraße – Roßbachstraße- Schmiedstraße - Breitenfelder Straße-Merseburger Straße) gemeinsam mit Vermietern und kommunalen Wohnungsgesellschaften, die Einrichtung eines temporären Bürgerbüros sinnvoll ist, in dem sich Vertreter von Vermietern und kommunalen Wohnungsgesellschaften, Anwohner, Eltern/Schüler der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten, Schulsozialarbeiter der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten, Mitarbeiter des Roma-Projektes der AWO SPI, Verwaltungsmitarbeiter und Polizei zeitnah und vor Ort zu Problemen austauschen können mit dem Ziel, diese Probleme einer zügigen und insbesondere für die betroffenen Anwohner zufriedenstellenden Lösung zuzuführen.

**zu 9.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines Runden Tisches für das Viertel um die Schlosserstraße / Loest Hof
Vorlage: VII/2019/00257**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch
Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss
sowie
durch
Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird gestrichen und durch folgenden Beschlussvorschlag ersetzt:

Der Stadtrat fordert die Vorsitzende des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) und den Oberbürgermeister auf, im Einvernehmen nach §1 Abs. 1 der Geschäftsordnung des

Stadtrates zu einer außerordentlichen Stadtratssitzung in direkter örtlicher Nähe zur Schlosserstraße / Loest Hof einzuladen. Die Sitzung soll noch im Jahr 2019 durchgeführt werden.

zu 9.2 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Onlinevergabe von Sportstätten
Vorlage: VII/2019/00108

Herr Bernstiel brachte seinen Antrag ein und verwies ihn in den Sportausschuss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch
Geschäftsordnungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Sportausschuss
und durch
Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Sportstättenvergabe in der Stadt Halle (Saale) erfolgt ab 2021 hauptsächlich über ein öffentlich zugängliches Online-Portal.
2. Konkrete Vorschläge zur Umsetzung des neuen Sportstättenmanagements sind dem Stadtrat bis Dezember 2019 vorzulegen.

zu 9.3 Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Wiederbelebung der AG "Trinken im öffentlichen Raum"
Vorlage: VII/2019/00110

zu 9.3.1 Änderungsantrag der Stadträtin Beate Gellert zum Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Wiederbelebung der AG „Trinken im öffentlichen Raum“
Vorlage: VII/2019/00233

Herr Mämecke brachte seinen Antrag ein und verwies diesen in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Hauptausschuss.

Frau Gellert sagte, dass im Hinblick auf die Personengruppe sensibel mit der Thematik umgegangen werden muss. Die AG „Trinken im öffentlichen Raum“ sollte wieder eingerichtet werden, untersetzt mit einer sachlichen und fachlichen Diskussion. Dementsprechend brachte sie ihren Änderungsantrag ein, der besagt, dass jede Stadtratsfraktion berechtigt ist,

ein Mitglied in die AG zu entsenden.

Frau Jacobi sagte, dass DIE PARTEI die AG „Trinken im öffentlichen Raum“ begrüßt, da öffentliche Plätze in den Quartieren der Zusammenkunft der Bürgerinnen und Bürger dienen und der Nachbarschaftsnähe und Pflege. Sollte der Lärmpegel die Nachtruhe stören, könnten doch Schallschutzfenster, wie am Güterbahnhof, verteilt werden. Finanziert wird das ganze durch den Flaschenpfand, welcher täglich durch das Trinken im öffentlichen Raum anfällt. Auswirkungen auf den Finanzplan der Stadt ergeben sich dadurch nicht.

Sie sagte weiter, dass es ein konfliktreiches Management-Thema für den Präventionsrat ist. Eine Diskussion im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung ist richtig.

Frau Dr. Burkert sagte, dass auch über den Einsatz von Sozialarbeitern nachgedacht werden sollte. Sie regte an, diese Diskussion im Sozialausschuss zu führen und verwies den Antrag entsprechend.

Auf den Wortbeitrag von **Frau Dr. Kreuzfeldt**, dass die Thematik im Präventionsrat besprochen werden sollte, sagte **Frau Müller**, dass eine Verweisung nur in die Ausschüsse des Stadtrates erfolgen kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass der Hinweis in der Sache korrekt ist, da der Präventionsrat der richtige Ort für die Thematik ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 9.3 Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Wiederbelebung der AG "Trinken im öffentlichen Raum"
Vorlage: VII/2019/00110**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch
Geschäftsordnungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung,
durch
Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss
und durch
Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat sieht den Bedarf zur Einberufung der AG „Trinken im öffentlichen Raum“.
2. Die Verwaltung ist aufgefordert, geeignete Akteure aus Verwaltung, Bürgerschaft und Politik einzuladen.

**zu 9.3.1 Änderungsantrag der Stadträtin Beate Gellert zum Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Wiederbelebung der AG „Trinken im öffentlichen Raum“
Vorlage: VII/2019/00233**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch
Geschäftsordnungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung,
durch
Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss
und durch
Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Punkt 2 des Antrages wird wie folgt ergänzt:

2. Die Verwaltung ist aufgefordert, geeignete Akteure aus Verwaltung, Bürgerschaft und Politik einzuladen. **Jede Stadtratsfraktion ist berechtigt ein Mitglied in die AG zu entsenden.**

**zu 9.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Auswirkungen von Stadtratsentscheidungen auf Klimaschutz und Klimawandel-Resilienz
Vorlage: VII/2019/00114**

Frau Dr. Brock brachte den Antrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein. Die Thematik hat sich in den letzten zwei Jahren derart verändert und aufgeladen. Die Begründung der Verwaltung beruht auf ältere Prozesse, die keine Gegenargumentation darstellen. Sie bat um Zustimmung zum Antrag und sagte, dass es keinen Grund gibt, warum die Konzeption der Verwaltung dem Rat noch nicht vorliegt.

Herr Paulsen sagte, dass die Verwaltung dem Ansinnen des Antragsstellers zustimmt. Allein über die Art und Form der Stellungnahmen der Verwaltung muss noch einmal beraten werden. Es kann der Verwaltung nicht vorgeschrieben werden, wie sie ihre Stellungnahmen schreiben soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Hauptausschuss.

Frau Dr. Brock verwies den Antrag in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass sich alle Ratsmitglieder an die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse halten mögen. Die heute bislang stattgegebenen

zusätzlichen Wortbeiträge, weil angeblich persönlich angesprochen, sind nicht regelkonform und willkürlich. Nur bei ernstzunehmenden Einwüfen kann ein Stadtrat noch einmal darauf reagieren.

Frau Winkler sagte, dass der Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI unter TOP 9.6 das gleiche Ansinnen hat. Sie begehren, dass in den künftigen Beschlussvorlagen immer die Auswirkungen auf die Klimabilanz mit angegeben werden. Es soll eine Darstellung erfolgen, ob und mit welchem Ergebnis sich der Beschluss auf die Klimabilanz der Stadt Halle (Saale) auswirken wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch
Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss
und durch
Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger & Die Partei
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis Oktober 2019 einen Kriterienkatalog für eine Klimaverträglichkeitsprüfung zu entwickeln und künftig allen relevanten Beschlussvorlagen und Stellungnahmen zu relevanten Anträgen/Änderungsanträgen von Fraktionen und Stadträt*innen ein Prüfergebnis als Entscheidungsgrundlage beifügen, ob die zu realisierende Maßnahme:

- a) keine, positive oder negative Auswirkungen im Sinne des Klimaschutzes zur Folge hat und welche das ggf. sein werden,
- b) keine, positive oder negative Auswirkungen auf die Widerstandsfähigkeit gegenüber des bereits stattfindenden Klimawandels hat und welche das ggf. sein werden.

Mögliche Maßnahmenalternativen mit positiver oder geringerer negativer Auswirkung bezogen auf die Punkte a) und b) sind ebenfalls darzustellen.

**zu 9.5 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle zur Erweiterung der
Abfallwirtschaftssatzung bezüglich der Sperrmüllentsorgung
Vorlage: VII/2019/00155**

Herr Heym brachte den Antrag im Namen der AfD-Stadtratsfraktion Halle ein. Die Sperrmüllentsorgung der privaten Haushalte und der Bewohner in Pflegeeinrichtungen ist unterschiedlich geregelt. Dies soll im Rahmen einer Änderung der Abfallwirtschaftssatzung geändert werden. Er verwies den Antrag in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung sowie in den Finanzausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch
Geschäftsordnungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und
Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Erweiterung des § 12 der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle.
2. Der für private Mieter und Eigentümer in der Stadt Halle bestehende Anspruch auf kostenfreie Sperrmüllentsorgung einmal jährlich, gemäß § 12 Abs. 2 Abfallwirtschaftssatzung, ist auf in Pflegeheimen in Halle lebende Angehörige übertragbar.
3. Für die Übertragung und Terminierung der Abholung fällt ausschließlich die Termingebühr gemäß § 12 Abs. 3 in Höhe von derzeit 15 Euro an.
4. Maßgeblich für die Berechtigung ist die Familienangehörigkeit des Bewohners der Pflegeeinrichtung in direkter Linie zum Antragsteller (Eltern, Kinder, Geschwister). Für den Haushalt des Antragstellers darf im Kalenderjahr noch keine kostenfreie Abholung erfolgt sein.

**zu 9.6 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Darstellung der Auswirkungen von Ratsbeschlüssen auf die Klimabilanz der Stadt Halle (Saale) in Beschlussvorlagen
Vorlage: VII/2019/00147**

Herr Wolter verwies den Antrag in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Hauptausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch
Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger & Die Partei
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und durch
Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ab Oktober 2019 jede Beschlussvorlage mit einem Hinweis auf die zu erwartenden Auswirkungen des jeweiligen Beschlusses auf die Klimabilanz der Stadt Halle (Saale) zu versehen.
2. Diese Darstellung umfasst
 - a) eine Angabe, ob und mit welchem Ergebnis sich der Beschluss auf die Klimabilanz der Stadt Halle (Saale) auswirkt mit den Auswahlmöglichkeiten „positiv“, „negativ“ und „keine“ sowie
 - b) eine Stellungnahme, in der die jeweiligen zu erwartenden Auswirkungen nachvollziehbar dargelegt werden.

zu 9.7 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erweiterung der Auflagen bei der Wasserentnahme aus dem Hufeisensee
Vorlage: VII/2019/00148

zu 9.7.1 Änderungsanträge der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erweiterung der Auflagen bei der Wasserentnahme aus dem Hufeisensee
Vorlage: VII/2019/00157

Herr Wolter brachte den Antrag im Namen der Fraktion MitBürger & Die PARTEI.

Herr Dr. Thomas den Änderungsantrag im Namen der Fraktion Hauptsache Halle ein.

Bezüglich des Änderungsantrages sagte **Herr Feigl**, dass von einer kontinuierlichen Überwachung des Wasserstandes und der Wasserqualität ausgegangen werden kann. Mit dem vorliegenden Änderungsantrag wird ein Schritt zurückgegangen, was eigentlich Bestandteil des gültigen Bebauungsplanes ist. Es gibt eine festgelegte Höhe im Bebauungsplan, die bei 91,5 m über Null liegen müsste. Es muss ohnehin darauf gewirkt werden, dass diese Höhe gehalten wird. Deswegen sind die Wasserentnahmen für den Fall, dass es unter diesen Pegel sinkt, verboten.

Frau Dr. Burkert verwies den Antrag in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Hauptausschuss.

Es gab keinen weiteren Wortmeldungen.

**zu 9.7 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erweiterung der Auflagen bei der Wasserentnahme aus dem Hufeisensee
Vorlage: VII/2019/00148**

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch
Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und durch
Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zukunft eine mögliche Genehmigung zur Wasserentnahme aus dem Hufeisensee insbesondere an folgende Auflagen zu knüpfen:

1. Der Wasserstand des Hufeisensees ist durch den Genehmigungsnehmer im Genehmigungszeitraum zu überwachen und zu dokumentieren.
2. Über den gesamten Genehmigungszeitraum sind im Grundwasserleiter im unmittelbaren Umfeld des Sees an zwei bis drei geeigneten Messstellen kontinuierlich die Grundwasserstände vom Genehmigungsnehmer aufzuzeichnen.

**zu 9.7.1 Änderungsanträge der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erweiterung der Auflagen bei der Wasserentnahme aus dem Hufeisensee
Vorlage: VII/2019/00157**

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch
Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und durch
Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Antragstext wird wie folgt angepasst:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ~~in Zukunft eine mögliche Genehmigung zur Wasserentnahme aus dem Hufeisensee insbesondere an folgende Auflagen zu knüpfen:~~

- ~~3. Der Wasserstand des Hufeisensees ist durch den Genehmigungsnehmer im Genehmigungszeitraum zu überwachen und zu dokumentieren.~~
- ~~4. Über den gesamten Genehmigungszeitraum sind im Grundwasserleiter im unmittelbaren Umfeld des Sees an zwei bis drei geeigneten Messstellen kontinuierlich die Grundwasserstände vom Genehmigungsnehmer aufzuzeichnen.~~

„ein Wassermanagement als nachhaltiges System der Wasserwirtschaft für den Hufeisensee und verbundene Gewässer mit dem Ziel zu entwickeln:

- 1) den Wasserstand des Hufeisensees dauerhaft zu stabilisieren,
- 2) den Zufluss gesundheitsschädlicher Chemikalien zu stoppen, deren Abbau zu beschleunigen und Ansprüche aus der Gefährdungshaftung gegen Verursacher durchzusetzen,
- 3) Daten zur Gewässerqualität zu erfassen und öffentlich zu machen.

Der Entwurf eines Wassermanagementsystem für den Hufeisensee soll dem Stadtrat im Frühsommer 2020 zum Beschluss vorgelegt werden.“

zu 9.8 **Antrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum weiteren Fortbestehen des IMPULS-Festivals für Neue Musik**
Vorlage: VII/2019/00149

Herr Dr. Wend bat um Unterstützung, dass das Impuls-Festival weiter fortbestehen kann. Es hat sich in den letzten zwölf Jahren zu einem etablierten Festival entwickelt. Er bat um Zustimmung zum Antrag.

Herr Lange sagte, dass es auf Landesebene an Informationspflicht mangelt. Wichtig ist, dass es im Land Sachsen-Anhalt ein Festival für neue Musik gibt. Derzeit habe man kein Signal zum Festival, sei es die Einstellung finanzieller Mittel in den Haushalt oder die Information bezüglich einer Konzeption.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass aktuell in Magdeburg eine Konferenz unter dem Vorsitz des Staatsministers stattfindet. Dort wird mit allen maßgeblichen Akteuren, die im Land Sachsen-Anhalt mit der Musik zu tun haben über die Thematik beraten und wie und welches neues Format ab 2020 existieren soll. Der Antrag habe daher keinen Einfluss auf etwaige Entscheidungen des Landes.

Frau Dr. Brock bestätigt, dass der Antrag heute nicht mehr dringlich ist, es sich aber leider zur Ratssitzung Juni keine Mehrheiten finden konnten, diesen als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu setzen. Über die Ergebnisse der Konferenz möchte man informiert werden, gern am 4. September zur Kulturausschusssitzung. Sie verwies den Antrag in den Kulturausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch
Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gemeinsam mit der Theater, Oper und Orchester GmbH und weiteren Vertretern der haleschen Kunst- und Kulturszene gegenüber dem Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt Herrn Rainer Robra für den Fortbestand des IMPULS-Festivals für Neue Musik unter der Leitung des Netzwerk IMPULS e.V. mit Sitz in Dessau-Roßlau einzusetzen.

zu 9.9 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Begrünung der Dächer halescher Bus- und Straßenbahnhaltstellen Vorlage: VII/2019/00034

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Verwaltung den Antrag begrüßt und verwies diesen in den Finanzausschuss.

Frau Jacobi sagte, dass die Fraktion MitBürger & Die PARTEI den Antrag ebenfalls begrüßt. Allein in Leipzig werden jetzt 900 Haltestellen in einer koordinierten und langfristig geplanten Projektumsetzung begrünt. Ein koordiniertes Abstimmen mit allen Verbundpartnern wäre gut, sodass ein Nachhaltigkeitskonzept für den gesamten MDV entwickelt werden kann.

Herr Lange verwies den Antrag in den Hauptausschuss. Er sagte, dass die Wartehäuschen aus sehr viel Glasfläche bestehen und gerade im Sommer keine Schattenplätze an den Haltestellen der Straßenbahn vorhanden sind.

Herr Raue sagte, dass sinnvolle Aktionen zur Erhaltung und Verbesserung des Stadtklimas Unterstützung finden. Der vorliegende Antrag ist einfach und weitaus nicht innovativ. Die Frage stellt sich allein in der Pflege und Bewässerung dieser Flächen. Die Investitionskosten sind derart hoch, der positive Einfluss auf das Stadtklima derart gering. Sinnvoller wäre die Investition in bestehende Grünanlagen. Die Pflanzbeete werden auch von unten heiß, Anwachsungen sind daher nicht möglich. Eine ebenerdige Begrünung im Stadtgebiet ist deutlich sinnvoller und effektiver.

Herr Schachtschneider sagte, dass viele begrünte Dächer in Halle und Umgebung bei den Temperaturen, wie sie diesen Sommer waren, eingegangen sind. Auch frisch gepflanzte Bäume konnten bei den Temperaturen der letzten Wochen und Monate nicht erhalten werden. Weiterhin ergäben sich hier auch statische Probleme. Er erinnerte an die Diskussion zur Begrünung des Daches der neuen Schule am Holzplatz. Hier habe man sich dagegen entschieden, da die Statik dies nicht hergeben würde und ein erheblicher Mehraufwand zu tragen käme.

Herr Feigl sagte, dass die Diskussion im Ausschuss, was und wie möglich ist, um die Umwelt zu verbessern, für alle aufschlussreich sein wird. Die Thematik wurde zuvor vom Stadtrat Aldag bereits einmal angeregt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch
Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und durch
Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) ein Konzept zu erarbeiten und umzusetzen, wie zeitnah die Dächer der halleschen Bus- und Straßenbahnhaltstellen, insofern bautechnisch umsetzbar, begrünt werden können.
2. Das Konzept ist bis zur Sitzung des Stadtrates am 18. Dezember 2019 vorzulegen.

**zu 9.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen“
Vorlage: VII/2019/00035**

**zu 9.10.1 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen,,
Vorlage: VII/2019/00230**

Herr Senius brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein und verwies diesen in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Frau Gellert brachte den Änderungsantrag im Namen der Fraktion Hauptsache Halle ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Stadt regelmäßig zivile Kontrollen durchführt und speziell das Wegwerfen von Zigaretten ahndet. Dem Antrag der SPD-Fraktion ist zuzustimmen. Dem Änderungsantrag kann nicht zugestimmt werden, da dies eine Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises ist und der Einsatz der Ordnungskräfte nicht darunter fällt. Er schlug vor, auf die Verweisung in den Finanzausschuss zu verzichten, wenn der Änderungsantrag zurückgezogen wird. Dann könnte heute über den Antrag entschieden werden.

Frau Gellert zog den Änderungsantrag daraufhin zurück.

Frau Mark sagte, dass eine Aufklärungskampagne unterstützungsfähig ist. Hier kann auf das Angebot der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung verwiesen werden. Sie machte auf die Diskrepanz zwischen Beschlussvorschlag und Begründung aufmerksam. Der Beschlusspunkt 2 stellt ein Verbot dar, welches so nicht umgesetzt werden sollte und dem die Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle nicht zustimmt.

Herr Senius sagte, dass die SPD-Fraktion den Vorschlag des Oberbürgermeisters, keine Verweisung vorzunehmen, gut findet und zog daher den Verweisungsantrag in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung zurück.

Herr Raue sagte, dass eine solche Kampagne nicht das eigentliche Ziel erfüllen wird. Es birgt wohl mehr ein Eskalationsrisiko zwischen den Personen, die meinen ein Recht auf eine rauchfreie Haltestelle zu haben und denjenigen, die das nicht so sehen. Über die Thematik sollte noch einmal diskutiert werden und daher verwies er den Antrag in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung. Belehrung, Bildung und Nichtraucherchutz sind wichtig aber dies ist nicht der richtige Ort dafür.

Frau Gellert sagte, dass man den Änderungsantrag unter der neuen Voraussetzung nun aufrechterhalten möchte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 9.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen“
Vorlage: VII/2019/00035**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch
Geschäftsordnungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Beschlussvorschlag:

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) eine Kampagne für rauchfreie Bus- und Straßenbahnhaltestellen durchzuführen.
4. Gleichzeitig mit der Kampagne sollen alle überdachten Haltestellenbereiche als „Frischluftzonen“ (o.ä.) optisch (z. B. über Markierungen am Boden, Plakate, Hinweisschilder, Aufkleber) hervorgehoben werden.

**zu 9.10.1 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen,,
Vorlage: VII/2019/00230**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch
Geschäftsordnungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Durchführung einer Kampagne „Rauchfreie Haltestellen,, erhält einen weiteren Beschlusspunkt 3:

- 3. Die Kampagne wird auch eine kontinuierliche Kontrolle der Einhaltung dieser „Frischlufzonen“ durch das Ordnungsamt beinhalten.**

**zu 9.11 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Teilnahme der Stadt Halle (Saale) an der Kampagne STADTRADELN im Jahr 2020
Vorlage: VII/2019/00150**

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein.

Herr Lange sagte, dass der Antrag einen Mehrwert darstellt und von der Fraktion DIE LINKE unterstützt wird. Bereits in der letzten Sitzung des Stadtrates der VI. Wahlperiode regte der Stadtrat Herr Gernhardt solches an.

Herr Bernstiel sagte, dass sich zu den Kosten noch einmal ausgetauscht werden muss und verwies den Antrag daher in den Finanzausschuss.

Herr Raue verwies den Antrag in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch
Geschäftsordnungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und durch
Geschäftsordnungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Koordination dafür zu übernehmen, dass Halle (Saale) im Jahr 2020 an der Kampagne STADTRADELN teilnimmt.
2. In die Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für die Teilnahme an der Kampagne sollen der ADFC Regionalverband Halle (Saale), Gewerbetreibende (Fahrradgeschäfte), Umweltverbände sowie weitere potenzielle und fahrradaffine Institutionen, Vereine und Organisationen eingebunden werden.

zu 9.13 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Feuerwerk an Silvester
Vorlage: VII/2019/00154

Herr Eigendorf brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein und bat um Zustimmung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Herr Schnabel sagte, dass den Bürgerinnen und Bürgern nicht alles verboten werden kann. Ein zentrales Feuerwerk würde wiederum Kosten für die Stadt bedeuten. Er schlug vor, dass die Vermieter bei der Beseitigung von Feuerwerkskörpern stärker in die Pflicht genommen werden. Er sprach sich klar gegen den Antrag aus.

Frau Mark sagte, dass der Antrag wohl mehr eine Ergänzung darstellt als ein Verbot. Sie bat um eine ergebnisoffene Prüfung mit Berücksichtigung, warum nur der Altstadtring besonders schutzbedürftig ist und warum nicht die Wohngebiete in Gänze.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch
Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit ein städtisch organisiertes und durchgeführtes Silvesterfeuerwerk möglich ist und welche Kosten dafür einzuplanen wären.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit über die bereits jetzt bestehenden Schutzzonen (z. B. vor Krankenhäuser und Pflegeheimen) hinaus weitere eingerichtet werden können. Bestandteil der Prüfung ist auch die Untersuchung, ob im Altstadtring eine feuerwerksfreie Zone geschaffen werden kann.
3. Die Stadt Halle setzt die bereits jetzt bestehenden Schutzzonen konsequent durch.
4. Die Prüfergebnisse sind dem Stadtrat spätestens bis zu seiner Sitzung am 27.11.2019 vorzulegen.

zu 9.14 Antrag der Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) zur Schaffung von Mehrzweckbereichen in Straßenbahnen
Vorlage: VII/2019/00123

Frau Mark brachte den Antrag im Namen der Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, um das Anliegen zu präzisieren und den finanziellen Aspekt zu besprechen.

Herr Wolter sagte, dass ein Antrag auf Erledigung sinnvoll wäre. Die Straßenbahnen sind in einem langjährigen Auftrag hergestellt, es gibt eine fünf- bis sechsjährige Vorplanung. Die vorhandenen Niederflurwagen sind mit flexiblen Mehrzweckbereichen ausgestattete Straßenbahnen. Er regte an, dass bei der Diskussion im Ausschuss ein Vertreter der HAVAG eingeladen wird, der über den aktuellen Stand und die weiteren Planungen informieren könnte.

Frau Thomann sagte, aus eigener Erfahrung berichten zu können, dass es nicht genügend Platz für Kinderwagen, Behinderte und Menschen mit Gehhilfen gibt. Der Stellplatz in den Türbereichen reicht in vielen Fällen nicht aus und jeder ist auf das Wohlwollen und die Freundlichkeit der anderen Fahrgäste angewiesen. Dieser Zustand muss zukunftsweisend geändert werden.

Herr Senius machte darauf aufmerksam, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt und das Problem anschaulich und überzeugend dargestellt wurde. Er freue sich auf die Diskussion im Ausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch

Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) zu prüfen, inwieweit in den Straßenbahnen des Typs MGT6D, MGTK und MGTK-2 weitere Mehrzweckbereiche geschaffen werden können. Mehrzweckbereiche sind ein je nach Bedarf für Rollstühle, Rollatoren, Kinderwagen, Fahrräder und Reisegepäck nutzbarer Fahrgastbereich in dem die Sitzgelegenheiten als Klappsitze seitlich angeordnet sind.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG), eine Beschlussvorlage inklusive Finanzierungsplan zu erarbeiten, auf deren Grundlage der Stadtrat die Umbaumaßnahmen beschließen kann.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) zu prüfen, inwieweit ein geringes, mäßiges oder großes Platzangebot für Rollstühle, Rollatoren, Kinderwagen, Fahrräder und Reisegepäck im Fahrplan für den Fahrgast ersichtlich gemacht werden kann und dies umsetzen.

**zu 9.15 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung im Beirat der Bäder Halle GmbH
Vorlage: VII/2019/00245**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Herr Sten Meerheim scheidet aus dem Beirat der Bäder Halle GmbH aus.

Der Stadtrat entsendet Herrn Niklas Ufer in den Beirat der Bäder Halle GmbH.

**zu 9.16 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung von sachkundigen Einwohner*innen
Vorlage: VII/2019/00249**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

In Konkretisierung der Beschlussfassung Besetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse (VI/2019/05296) in der Sitzung des Stadtrates am 03. Juli 2019 werden wie folgt sachkundige Einwohner*innen berufen:

1. Herr Willi Preuk wird als sachkundiger Einwohner für den Bildungsausschuss berufen.
2. Herr Jan Röttschke und Herr Dr. Tarek Ali werden als sachkundige Einwohner für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss berufen.
3. Frau Jana Kozyk wird als sachkundige Einwohnerin für den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung berufen.

**zu 9.17 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung von Sachkundigen Einwohnern in die beratenden Ausschüsse des Stadtrates Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00246**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

In Konkretisierung der Beschlussfassung Besetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse (VI/2019/05296) in der Sitzung des Stadtrates am 03. Juli 2019 werden wie folgt Sachkundige Einwohner berufen:

Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung:

Dr. Neumann, Dirk
Schröder, Nikolas

Bildungsausschuss:

Lembert, Friedrich
Stahs, Cathleen

Rechnungsprüfungsausschuss:

Detzner, Raimo
Misch, Werner

Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss:

Haak, Guido
Heinicke, Tobias

Sportausschuss:

Koch, Michael
Schmidt, Axel

Kulturausschuss:

Bartl, Harald
Kenkel, Christian

Ausschuss für Planungsangelegenheiten:

Kautz, Ingo
Sprung, Michael

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung:

Doege, Torsten
Schulz, Stefan

**zu 9.18 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung von sachkundigen Einwohnern
Vorlage: VII/2019/00253**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

In Konkretisierung der Beschlussfassung Besetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse (VI/2019/05296) in der Sitzung des Stadtrates am 03. Juli 2019 werden wie folgt Sachkundige Einwohner berufen:

1. Frau Heidi Klein wird als sachkundige Einwohnerin für den Bildungsausschuss berufen.

2. Herr Daniel Rumpold wird als sachkundiger Einwohner für den Bildungsausschuss berufen.
3. Frau Ulrike Rühlmann wird als sachkundige Einwohnerin für den Kulturausschuss berufen.
4. Frau Henrike Bräu wird als sachkundige Einwohnerin für den Kulturausschuss berufen.
5. Herr Christian Hartwig wird als sachkundiger Einwohner für den Ausschuss für Planungsangelegenheiten berufen.
6. Herr Dr. Mario Lochmann wird als sachkundiger Einwohner für den Ausschuss für Planungsangelegenheiten berufen.
7. Herr Oliver Thiel wird als sachkundiger Einwohner für den Sportausschuss berufen.
8. Herr Christian Andrae wird als sachkundiger Einwohner für den Sportausschuss berufen.
9. Frau Anne-Marleen Müller-Bahlke wird als sachkundige Einwohnerin für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung berufen.
10. Herr Dr. Frank D. Steinheimer wird als sachkundiger Einwohner für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung berufen.
11. Frau Svea Detering wird als sachkundige Einwohnerin für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss berufen.
12. Herr Markus Jürisch wird als sachkundiger Einwohner für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss berufen.
13. Frau Ilka Kotte wird als sachkundige Einwohnerin für den Rechnungsprüfungsausschuss berufen.
14. Frau Michelle Angeli wird als sachkundige Einwohnerin für den Rechnungsprüfungsausschuss berufen.
15. Herr Prof. Dr. Wolfgang Paul wird als sachkundiger Einwohner für den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung berufen.
16. Frau Anne-Katrin Paschke wird als sachkundige Einwohnerin für den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung berufen.

Die Sitzung wurde für eine 30-minütige Pause unterbrochen.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Aufgrund der vorangeschrittenen Zeit und um gewährleisten zu können, dass der nicht öffentliche Teil der Sitzung noch erfolgen kann, stellte **Herr Eigendorf** einen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung des Tagesordnungspunktes 10.

Es gab keine Gegenrede. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- zu 10.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Nutzung von Förderprogrammen des Bundes, hier zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur
Vorlage: VII/2019/05179**
- zu 10.2 Anfrage der CDU-Fraktion zu Autodiebstählen in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00084**
- zu 10.3 Anfrage der CDU-Fraktion zur Förderung der Fassadenbegrünung
Vorlage: VII/2019/00085**
- zu 10.4 Anfrage der CDU-Fraktion zu Feuerwerken in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00086**
- zu 10.5 Anfrage der CDU-Fraktion zur Fördermittelakquise
Vorlage: VII/2019/00087**
- zu 10.6 Anfrage der CDU-Fraktion zur Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Entwicklung eines Gestaltungskonzeptes für den Kröllwitzer Kirchberg
Vorlage: VII/2019/00088**
- zu 10.7 Anfrage der CDU-Fraktion zur Übertragung der Stadtratssitzungen via Livestream
Vorlage: VII/2019/00089**
- zu 10.8 Anfrage der CDU-Fraktion zur elektronischen Abwicklung von Parkvorgängen
Vorlage: VII/2019/00090**
- zu 10.9 Anfrage der CDU-Fraktion zur Kontrolle von Gewerbeanmeldungen und Bekämpfung von Sozialbetrug durch die Verwaltung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00091**
- zu 10.10 Anfrage der CDU-Fraktion zur Situation von Schülern der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten während des Schulweges, während des Sportunterrichtes im Freien sowie während der Pausenzeiten
Vorlage: VII/2019/00092**

- zu 10.11 **Anfrage der CDU-Fraktion zur Sicherheit von Fußgängern und Kontrollen von Fahrradfahrern in Fußgängerzonen**
Vorlage: VII/2019/00093
- zu 10.12 **Anfrage der CDU-Fraktion zu Straftaten in der Stadt Halle (Saale) im Kontext der Kundgebungen und des Bürgerfestes vom 20.07.2019.**
Vorlage: VII/2019/00094
- zu 10.13 **Anfrage der CDU-Fraktion zum kommunalen Strategiekonzept zur Sucht- und Drogenpolitik**
Vorlage: VII/2019/00095
- zu 10.14 **Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Umsetzung des Beschlusses VI/2017/03299 - - Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Entwicklung eines Maßnahmenplanes zur Attraktivitätsverbesserung und Belebung der Innenstadt -**
Vorlage: VII/2019/00081
- zu 10.15 **Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Erstellung eines Gehweg-, Radweg- und Straßenzustandsberichtes**
Vorlage: VII/2019/00082
- zu 10.16 **Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur aktuellen Statistik der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA)**
Vorlage: VII/2019/00083
- zu 10.17 **Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zum Alkoholverzehr im öffentlichen Raum**
Vorlage: VII/2019/00096
- zu 10.18 **Anfrage des Stadtrates Mario Schaaf (CDU-Fraktion) zur Gestaltung des Marktplatzes**
Vorlage: VII/2019/00097
- zu 10.19 **Anfrage des Stadtrates Mario Schaaf (CDU-Fraktion) zur Umsetzung des §2b UStG**
Vorlage: VII/2019/00098
- zu 10.20 **Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU-Fraktion) zum Zustand der Brücken in Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2019/00099
- zu 10.21 **Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Wasserständen am Hufeisensee**
Vorlage: VII/2019/00100
- zu 10.22 **Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Gewalt an öffentlichen Plätzen**
Vorlage: VII/2019/00101
- zu 10.23 **Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Instandsetzung von Gemeindestraßen**
Vorlage: VII/2019/00102

- zu 10.24 **Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Orgacid GmbH – aktueller Sachstand**
Vorlage: VII/2019/00103
- zu 10.25 **Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Errichtung einer Sandsackfüllstation im südlichen Stadtgebiet bei konkreter Hochwassergefahr**
Vorlage: VII/2019/00104
- zu 10.26 **Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zum Neubau Spielplatz in der Heimstättensiedlung Ammendorf**
Vorlage: VII/2019/00106
- zu 10.27 **Anfrage des Stadtrates Christian Feigl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum geplanten Abriss der Fußgängerbrücke über die B80**
Vorlage: VII/2019/00069
- zu 10.28 **Anfrage der Stadträtin Beate Thomann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Verwendung von Instandhaltungsmitteln für Geh- und Radwege**
Vorlage: VII/2019/00071
- zu 10.29 **Anfrage des Stadtrates Wolfgang Aldag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Wässerung von Stadtbäumen**
Vorlage: VII/2019/00072
- zu 10.30 **Anfrage des Stadtrates Wolfgang Aldag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Baumfällungen und Baumpflanzungen im Stadtgebiet in 2018/2019**
Vorlage: VII/2019/00073
- zu 10.31 **Anfrage des Stadtrates Wolfgang Aldag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Erhalt einer großen Linde im Robert-Franz-Ring**
Vorlage: VII/2019/00074
- zu 10.32 **Anfrage des Stadtrates Wolfgang Aldag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Begrünung von Fassaden, Dächern und Höfen**
Vorlage: VII/2019/00075
- zu 10.33 **Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Sanierung von Schulhöfen**
Vorlage: VII/2019/00115
- zu 10.34 **Anfrage des Stadtrates Jan Döring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum aktuellen Stand der Fortschreibung der Spielflächenkonzeption**
Vorlage: VII/2019/00070
- zu 10.35 **Anfrage des Stadtrates Jan Döring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Realisierung der praxisintegrierten Erzieherausbildung (PiA)**
Vorlage: VII/2019/00116
- zu 10.36 **Anfrage des Stadtrates Jan Döring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Umsetzung des Beschlusses zur Erarbeitung eines verbindlichen Vertretungssystems in der Kindertagespflege**
Vorlage: VII/2019/00117

- zu 10.37 **Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Beschneidung von Grundrechten von Bürgern im Stadtgebiet von Halle am 20.07.2019**
Vorlage: VII/2019/00156
- zu 10.38 **Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zum wilden Kampieren im Bereich Willi-Bredel-Straße/Bertolt-Brecht-Straße**
Vorlage: VII/2019/00158
- zu 10.39 **Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zu den entstandenen Kosten für das Bürgerfest am 20.07.2019**
Vorlage: VII/2019/00159
- zu 10.40 **Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Förderung von Vereinen und Organisationen in der Stadt Halle**
Vorlage: VII/2019/00160
- zu 10.41 **Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Parkraumbewirtschaftung im Glauchaviertel**
Vorlage: VII/2019/00161
- zu 10.42 **Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Auswirkungen einer Wasserentnahme aus dem Hufeisensee**
Vorlage: VII/2019/00141
- zu 10.43 **Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Weiterentwicklung des Areals am Steg**
Vorlage: VII/2019/00145
- zu 10.44 **Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zum Sachstand der Prüfung von potenziellen Standorten für eine Zweigbibliothek im halleschen Osten**
Vorlage: VII/2019/00152
- zu 10.45 **Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zum Sachstand Sprachförderung Kastanienallee**
Vorlage: VII/2019/00153
- zu 10.46 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Auswirkungen eines möglichen Verbotes von Mikroplastik durch die EU auf Kunstrasenplätze in Halle**
Vorlage: VII/2019/00041
- zu 10.47 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur ehemaligen Gaststätte „Hubertus“ am Heiderand**
Vorlage: VII/2019/00043
- zu 10.48 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Stand des geplanten Baus der Uferpromenade am Westufer des Mühlgrabens**
Vorlage: VII/2019/00133
- zu 10.49 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Besetzung der Stelle des Fuß- und Radwegebeauftragten**
Vorlage: VII/2019/00134

- zu 10.50 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu den Kriterien für die Prüfung durch die Stadtverwaltung zum Thema Radverkehr auf dem Oberen Boulevard**
Vorlage: VII/2019/00135
- zu 10.51 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Machbarkeitsstudie zur Nutzung der innenliegenden Höfe des Neuen Städtischen Gymnasiums zur Pausengestaltung**
Vorlage: VII/2019/00136
- zu 10.52 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Nahversorgung in Heide-Süd**
Vorlage: VII/2019/00137
- zu 10.53 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Tourismuskonzept**
Vorlage: VII/2019/00139
- zu 10.54 **Anfrage der Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) zur IT-Sicherheit der städtischen Verwaltung**
Vorlage: VII/2019/00111
- zu 10.55 **Anfrage der Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) zum Stand der Schulsanierungen**
Vorlage: VII/2019/00121

zu 11 **Mitteilungen**

- zu 11.1 **Jahresabschluss 2018 der Stiftung Händel-Haus**
Vorlage: VI/2019/05357
-

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 11.2 **Positionspapier Innovationsregion Mitteldeutschland**
Vorlage: VII/2019/00237
-

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 11.3 **Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte**
Vorlage: VI/2019/05221
-

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.4 Entwicklung Am Kinderdorf 2/3
Vorlage: VII/2019/00014**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 Anfrage Frau Krischok zu Beschwerden im Bereich „Am Grünen Feld“

Da es in der Vergangenheit mehrere Beschwerden im Bereich „Am Grünen Feld“ gab, weil sich Anwohner von bestimmten Personengruppen gestört fühlten, fragte **Frau Krischok**, um welche Personengruppen es sich handelt, welcher Art diese Beschwerden sind und welche Aktivitäten durch die Stadtverwaltung unternommen bzw. geplant sind, um ein Zusammenleben verschiedener Interessengruppen in diesem Bereich zu ermöglichen.

Frau Ernst antwortete, dass es sich hauptsächlich um Jugendliche aus dem Umfeld, aber auch vereinzelt um Personengruppen aus anderen Bereichen handelt. Die Beschwerden beziehen sich hauptsächlich auf Lärm in den Abend- und Nachtstunden. Grundsätzlich hat sich die Situation in den letzten Wochen verbessert. Es sind nunmehr gemeinschaftliche Aktivitäten vor Ort geplant, beispielsweise die Durchführung eines Fußballturniers oder die Schaffung neuer Sitzgelegenheiten.

Frau Krischok merkte an, dass vor Ort ein Schild angebracht wurde mit dem Vermerk der Ruhezeiten von 13:00 Uhr - 15:00 Uhr und 22:00 Uhr – 8:00 Uhr. Dies erachte sie als gutes Beispiel für eine gemeinsame Lösungsfindung.

zu 12.2 Anfrage Herr Mämecke (CDU-Fraktion) zur Anwohnerparksituation am ERDGAS Sportpark

zu 12.3 Anfrage Herr Mämecke (CDU-Fraktion) zur Gefahrenabwehrverordnung

zu 12.4 Anfrage Herr Mämecke (CDU-Fraktion) zum Planfeststellungsbeschluss zum Bau eines neuen Gimritzer Dammes

Herr Mämecke sagte, die Anfragen vor dem Hintergrund des Ausfalls des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung gestellt zu haben. Die Anfragen würde er daher im nächsten Ausschuss stellen.

zu 12.5 Anfrage Frau Dr. Annette Kreutzfeldt zum Ufergrün Peißnitz

Frau Dr. Kreutzfeldt fragte, ob der Stadtverwaltung bekannt ist, dass das Wasser- und Schifffahrtsamt beabsichtigt, Baumfällungen und Rodungen von Sträuchern entlang des Saaleufers im Stadtgebiet Halle durchzuführen. Wenn ja, an welchen Abschnitten des Saaleufers diese Maßnahmen stattfinden, ob davon auch das Ufer der Nordspitze der

Peißnitzinsel betroffen ist, wie diese Maßnahme finanziert wird und ob diese Maßnahmen mit den Naturschutzbehörden der Stadt abgestimmt sind.

Herr Rebenstorf antwortete, dass das Wasser- und Schifffahrtsamt regelmäßig Maßnahmen zur Sicherung der Verkehrssicherungspflichten im Bereich der Saale durchführt. Dass flächendeckend auf 2,5 m gerodet werden soll, ist der Verwaltung nicht bekannt. Alle Maßnahmen werden über den Haushalt des Bundes finanziert.

zu 12.6 Anfrage Frau Thomann zur Bewässerung von Straßenbäumen

Bezugnehmend auf TOP 10.29 fragte **Frau Thomann**, wie viel m³ Wasser im Rahmen des Bewässerungsplanes zum Gießen der Straßenbäume und Grünflächen in 2019 bisher eingesetzt wurden und welche Kosten diesbezüglich entstanden sind.

Herr Rebenstorf antwortete, dass im laufenden Jahr 2019 bereits ungefähr 800 m³ Wasser genutzt wurden. Ein Kubikmeter kostet 2,75 Euro.

zu 12.7 Anfrage Frau Thomann zum Zustand der Gewässer in Heide-Süd

Frau Thomann fragte, ob der Stadtverwaltung der aktuelle Zustand der kleinen Oberflächengewässer in Heide Süd bekannt ist und ob Möglichkeiten geprüft wurden, die betreffenden Gewässer künstlich mit Wasser aufzufüllen. Wenn ja, ob entsprechende Maßnahmen geplant sind und wenn nein, aus welchen Gründen nicht.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Verwaltung immer alle Gewässer prüft. In Heide-Süd stehen etliche Regenversickerungskanäle bzw. Gräben nicht dauerhaft unter Wasser. Bei den Gewässern, die dauerhaft Wasser führen, würde die Verwaltung eine genaue Prüfung vornehmen.

Frau Thomann sagte, dass es um die beiden dauerhaft unter Wasser stehenden Ententeiche im Bereich Eingang Lise-Meitner-Straße geht.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 12.8 Anfrage Frau Dr. Brock zum Spielplatz "Familiengarten" in der Schopenhauer Straße

Frau Dr. Brock fragte, seit wann und aus welchen Gründen die Nutzung des Spielplatzes untersagt wurde, welche konkreten Bauarbeiten auf dem Spielplatzgelände in welchem Zeitraum vorgesehen sind und ob der Spielplatz auch während anstehender Sanierungs- und Umbauarbeiten auf dem benachbarten Verkaufsgrundstück genutzt werden kann.

Frau Ernst antwortete, dass der Spielplatz seit ungefähr zwei Wochen mit dem Hinweis verschlossen ist, dass auf dem Gelände Sanierungsarbeiten stattfinden. Der Stadtratsbeschluss sieht nach wie vor eine öffentliche Nutzung vor. Sie sagte zu, die Zeitschiene nachzureichen.

zu 12.9 Anfrage Herr Feigl zum geplanten Radweg Nordstraße zwischen Dölauer Straße und Ortsgrenze Lettin

Herr Feigl fragte, wann den Stadtratsgremien die Baubeschlussvorlage zum Projekt vorgelegt wird und inwiefern bei der bisherigen Planung die Projektidee einer Weiterführung der bestehenden Straßenbahnverbindung in Richtung Heide-Nord berücksichtigt wurde.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Gremiendurchlauf im November im Planungsausschuss beginnt. Die Freihaltetrasse für die Straßenbahn wurde mit berücksichtigt.

zu 12.10 Herr Schnabel zum Flächendenkmal Leipziger Straße

Herr Schnabel fragte nach einer kompletten Auflistung bezüglich Flächendenkmals obere Leipziger Straße.

Herr Rebenstorf verwies auf die Internetseite des Landesamtes für Denkmalpflege.

zu 12.11 Herr Schmidt zum TOP 10.38

Bezugnehmend zum Tagesordnungspunkt 10.38 fragte **Herr Schmidt**, ob das Ordnungsamt nicht intensivere Bestreifungen im Bereich Willi-Bredel-Straße / Bertolt-Brecht-Straße durchführen könnte. Es sollte bei allen Personen, die eine Ordnungswidrigkeit begehen, wie hier das wilde Kampieren und die Verrichtung der Notdurft eine dementsprechende Ahndung erfolgen.

Frau Ernst antwortete, dass vor Ort Kontrollen stattfinden. Bei der Fläche handelt es sich um das künftige Areal des Fußball-Nachwuchsleistungszentrums.

zu 12.12 Herr Raue zum Mio e.V.

Bezugnehmend zu einem am 13.07.2019 stattgefundenen Kinderfest fragte **Herr Raue**, ob dies und unter welchen Auflagen genehmigt wurde. Die Konstruktionen waren unter dem Aspekt der Sicherheit mehr als fraglich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Antwort zu.

zu 12.13 Herr Menke zum Gutachten

Bezugnehmend zum Bericht des Oberbürgermeisters fragte **Herr Menke**, ob dem Rat das Gutachten von Herrn Prof. Kluth zur Verfügung gestellt werden kann und ob erwogen wurde, gegen die im Bericht dargestellte Erdrosslung der Kommune und Änderung des Gesetzes beim Landesverfassungsgericht Klage zu erheben wegen unzulässigem Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kommune.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass das Gutachten in Session eingestellt ist. Eine Klage ist immer möglich, allerdings muss die Frage gestellt werden unter welchen Erfolgsaussichten. Mitunter ist es sinnvoller, diese Themen gemeinsam über den Städte- und Gemeindefesttag zu bündeln, da mehrere Kommunen betroffen sind.

zu 12.14 Herr Nette zu Reha-Wohnungen

Herr Nette sagte, dass im Bereich des Klinikums Bergmannstrost immer mehr Wohnungen als sogenannte Reha-Wohnungen genutzt werden. Er fragte, in welchem Umgang dies durch das Klinikum Bergmannstrost beantragt ist.

Herr Rebenstorff sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.15 Anfrage Frau Gellert zur Parkplatznutzung von Supermärkten

Frau Gellert fragte, ob die Möglichkeit besteht, private Parkplätze von Supermärkten außerhalb deren Öffnungszeiten für Anwohner oder Anlieger als Parkfläche zur Verfügung zu stellen und wer der richtige Ansprechpartner wäre, um mit den jeweiligen Grundstückseigentümern Gespräche aufzunehmen. Weiter fragte sie, ob Gespräche dazu bereits oder in Zukunft geführt werden und wenn nein, welche verantwortliche Stelle solche Gespräche aufnehmen kann.

Frau Ernst antwortete, dass im Stadtgebiet von Halle bereits solche Lösungen existieren, zum Beispiel an Rewe- oder Edeka-Märkten. Hier werden gegen eine Gebühr Parkplätze außerhalb der Öffnungszeiten (in der Regel 21 – 7 Uhr) an private Nutzer vermietet. Die Anfrage wird als Anregung aufgenommen und geprüft. Über das Ergebnis werde anschließend informiert.

zu 12.16 Anfrage Frau Gellert zu Kita Serviceleistung

Frau Gellert fragte, ob es eine abschließende Klärung zwischen dem FB Bildung und dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration bezüglich der Übernahme der Kosten für die Serviceleistungen / Abwasch nach Frühstück und Vesper gibt. Wenn nicht, wer die Kosten von den Eltern einziehen soll (der Serviceanbieter, der Träger, oder Andere) und wie der Eigenbetrieb verfährt.

Frau Brederlow antwortete, dass die rechtliche Situation unklar ist. Der § 13 bezieht sich nach Auffassung einiger Kommunen auf den § 5. Das Ministerium hat hier eine andere Auffassung herausgegeben. Letztlich muss der Gesetzgeber tätig werden und klarstellen, wie zu verfahren ist. In Halle wird bislang so verfahren, dass bis zur abschließenden Klärung seitens der Stadt alle Serviceleistungen übernommen werden, auch Frühstück und Vesper.

zu 12.17 Frau Jacobi zum kostenfreien Schülerticket

Frau Jacobi fragte nach Ergebnissen bezüglich des kostenfreien Schülertickets und nach Abwägungsalternativen.

Herr Rebenstorf antwortete, dass derzeit die finale Abstimmung mit der HAVAG läuft. Die entsprechende Beschlussvorlage wird im September in die Gremien eingebracht.

zu 12.18 Frau Jacobi zu Abnahmen von Spielplätzen

Frau Jacobi fragte, ob die Abnahme von Spielplätzen durch Fachkräfte der Verwaltung erfolgt und wenn ja, warum dann eine externe Fachfirma für die Abnahme des Spielplatzes in der Heimstättenstraße beauftragt wurde.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Abnahme grundsätzlich durch den TÜV erfolgt.

zu 12.19 Herr Schachtschneider zum Gastronom

Herr Schachtschneider fragte, ob die kaputten Bänke am Gastronom, die vorerst mit einer Platte ausgebessert wurden, in nächster Zeit richtig ausgebessert werden.

Herr Rebenstorf sagte, dass eine grundhafte Sanierung erfolgen wird.

zu 12.20 Herr Schachtschneider zur Sicherheit in Halle-Neustadt

Herr Schachtschneider fragte nach einem Strategiekonzept für eine erhöhte Bestreifung durch Ordnungsamt und Polizei, um das Sicherheitsgefühl in Halle-Neustadt wieder zu verstärken.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die Polizei umfangreiche Ermittlungen aufgenommen und Maßnahmen angeordnet hat.

zu 12.21 Herr Streckenbach zu Sandsackfüllstationen

Herr Streckenbach fragte nach der Einschätzung des Bedarfs einer Sandsackfüllstation in den südlichen Stadtteilen. Speziell ob eine Sandsackfüllstation in der Äußeren Radeweller Straße für den Ernstfall eingerichtet werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die Verteilung und Einrichtung über die Verwaltung erfolgt. Im Einzelfall muss dann entschieden werden. Generell kann vorab hier keine Entscheidung getroffen werden.

Er sagte zu, dies noch einmal zu prüfen.

zu 12.22 Herr Streckenbach zum Baubeschluss 178

Herr Streckenbach fragte, wann der Baustart erfolgt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Baustart im März/April 2020 beginnen wird.

zu 12.23 Herr Scholtyssek zur Beantwortung von Anfragen

Bezugnehmend zu den Anfragen der CDU-Fraktion unter TOP 10, wo die Antwort der Verwaltung war, dass die Polizei keine näheren Informationen bekannt gibt, fragte **Herr Scholtyssek** nach der weiteren Vorgehensweise, ob ggf. die Fraktion sich selber an die Polizei wenden soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Verwaltung die Antwort der Polizei weitergeleitet hat.

zu 12.24 Herr Scholtyssek zum Unfall am Wasserturm

Herr Scholtyssek fragte, ob bereits eine Auswertung zum Unfall am Wasserturm vorliegt und ob es Einschätzungen gibt, wie die Situation baulich entschärft werden könnte. Optisch würde ein Hinweisschild gut sein.

Frau Ernst sagte, dass gegenwärtig kein aktueller Stand bekannt ist, dieser aber gern nachgefragt werden kann.

zu 12.25 Herr Scholtyssek zum Live-Stream

Herr Scholtyssek fragte, ob in die Unterlagen zum Ausschreibungsverfahren Einsicht genommen werden kann und wie der aktuelle Stand ist.

Herr Paulsen antwortete, dass die Ausschreibung derzeit erarbeitet und in Kürze veröffentlicht wird. Es wird mit einer identischen Ausschreibung ein anderer Teilnehmerkreis angefragt. Die Ausschreibung wurde bereits einmal vorgelegt, kann aber natürlich dem neuen Rat noch einmal vorgelegt werden.

zu 12.26 Frau Dr. Wünscher zu Gedenkminuten

Frau Dr. Wünscher fragte nach den Regularien, für wen zu Ehren eine Gedenkminute abgehalten wird.

Frau Müller antwortete, dass in der Runde der Fraktionsvorsitzenden darüber entschieden wurde, Herrn Sehrt hier heute zu gedenken.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass zu der Thematik eine Richtlinie zur Beschlussfassung möglich wäre.

zu 12.27 Herr Schramm zur öffentlichen Toilette am Steintor

Herr Schramm fragte abermals zur öffentlichen Toilette am Steintor an und bat um eine Darstellung, wie viele öffentliche Toiletten im Stadtgebiet funktionsfähig sind. Weiterhin um Angabe, wann die nicht funktionsfähigen Toiletten wieder benutzbar sein werden.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.28 Herr Senius zur Online-Kitaplatzvergabe

Herr Senius fragte nach dem Sachstand zum onlinegestützten Kitaplatz-Vergabeverfahren.

Frau Brederlow antwortete, dass dies in der nächsten Beigeordnetenkonferenz im September vorgestellt wird.

zu 12.29 Frau Haupt zum Rodelhügel auf der Silberhöhe

Frau Haupt fragte, wann die Einweihung des Rodelhügels erfolgen soll und wann die Rutschmatte verlegt wird.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.30 Herr Feigl zum Charlottenviertel

Herr Feigl fragte, ob es bereits konkrete Planungen der verkauften Flächen im Charlottenviertel gibt und ob die Bebauung nach § 34 umzusetzen ist oder es eines Bebauungsplanes bedarf.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Investor einen städtebaulichen Wettbewerb durchführt. Sobald die Ergebnisse in den nächsten Wochen vorliegen, wird die Verwaltung darüber informieren.

zu 12.31 Frau Dr. Brock zum Haushalt

Frau Dr. Brock fragte, wann die Antwort zur Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse vorliegt.

Herr Geier antwortete, dass dies im Rahmen der Beschlusskontrolle heute eingestellt wurde.

zu 12.32 Herr Lange zur Vermüllung von Gewässern

Herr Lange fragte, wie die Verwaltung mit Müll in Gewässern umgeht, welches durch das Niedrigwasser jetzt zu Tage kommt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Müll aus den städtischen Gewässern entfernt wird.

zu 12.33 Herr Lange zum Spielplatz Weinbergwiese

Herr Lange fragte nach dem Stand des Schiffes auf dem Spielplatz Weinbergwiese.

Herr Rebenstorf antwortete, dass man sich noch in der Vergabe befindet. Der genaue Sachstand wird schriftlich nachgereicht.

zu 12.34 Herr Lange zur Scheibe A

Herr Lange fragte nach dem Sachstand zur Scheibe A und ob ein Unternehmen in städtischer Trägerschaft dort involviert werden soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass man davon ausgeht, dass der Mietvertrag von der Vertragspartei erfüllt wird.

zu 12.35 Herr Raue zu gesetzlichen Veränderungen in der Vergabe

Herr Raue sagte, dass die Höchst- und Mindestsätze der HOHI geändert wurden. Er fragte, ob dies der Verwaltung bekannt sei und wie damit umgegangen wird, ob ggf. bei Planungsleistungen günstigere Verträge ausgehandelt werden können.

Herr Rebenstorf antwortete, dass dies der Verwaltung bekannt ist und die neue Rechtslage gilt. Über die Verfahrensweise wird im nächsten Planungsausschuss informiert.

zu 12.36 Herr Raue zum Heidesee

Herr Raue fragte, ob um den Heidesee Bänke errichtet werden könnten und ob er hierfür einen Antrag einreichen muss.

Herr Rebenstorf antwortete, dass dies mittels Antrag erfolgen kann oder mittels einer Bankpatenschaft.

zu 12.37 Herr Heym zum Fußweg

Herr Heym fragte zum Fußweg Ernst-Kamith-Straße, schräg herunter zum Genscher-Platz an. Rechts ist ein Handlauf, links Absperrgitter zum Gleiskörper der Straßenbahn. Tagsüber sind beidseitig Fahrräder angeschlossen. Er fragte, ob die Verwaltung hier auch Gefahrenpotential sieht und was dagegen unternommen werden kann.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.38 Herr Dr. Meerheim zur Scheibe A

Herr Dr. Meerheim fragte, ob die Verwaltung ausschließen kann, dass der Mietvertrag, der zwischen der Stadt und dem jetzigen Investor besteht, an einen Dritten durch den Investor übertragen werden soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass spekulative Fragen nicht beantwortet werden.

zu 12.39 Herr Schnabel zur Leipziger Straße

Herr Schnabel fragte, ob im Bereich Ritterhaus bis zur Fußgängerampel und von der Fußgängerampel bis zum Dormero-Hotel ebenfalls Sitzmöglichkeiten, analog der Bänke mit den mittigen Blumenkübeln, welche auf dem Marktplatz neuerdings stehen, geschaffen werden können. Er fragte nach den Kosten und einer möglichen kurzen Umsetzung. Der obere Boulevard ist soweit gut gemacht, nur die immer wieder umgeworfenen Mülleimer sind misslich.

Betreffs des Stichpunktes Mülleimer antwortete **Herr Rebenstorf**, dass dies mit Kosten verbunden ist. Er empfahl eine Antragsstellung.

zu 13 Anregungen

zu 13.1 Anregung der CDU-Fraktion zur Fragestunde für Anwohner der Schlosserstraße zur Schaffung von Ruhe und Ordnung im Viertel Vorlage: VII/2019/00107

Die wöchentliche Sprechstunde für die Anwohner vor Ort wird in der Regel zwischen 15 und 17 Uhr abgehalten. Ein Zeitpunkt, zu dem kaum Probleme erfasst werden.

Daher regt die **CDU-Fraktion** an, eine Bürgersprechstunde mit Vor-Ort-Begehung an einem Freitag im September ab 19 Uhr durchzuführen.

**zu 13.2 Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Weiterentwicklung des Modells „Baumpatenschaft“
Vorlage: VII/2019/00138**

Seit 2016 gibt es in Halle die Möglichkeit der Baumpatenschaft. Mit einer einmaligen Spende von 250 Euro können z.B. Nachbarschaftsinitiativen, Privatpersonen oder Kindergarten-Gruppen die Patenschaft für einen Stadtbaum übernehmen. Seit 2016 wurden in Halle 25 Patenbäume (ca. 6.000 Euro) gepflanzt. Das ist vergleichsweise wenig – so konnten z.B. in Magdeburg allein im Jahr 2018 rund 250 Baumspenden (ca. 60.000 Euro) eingeworben werden.

Zahlreiche Baumpetitionen sowie Wortmeldungen im Rahmen der Einwohnerfragestunden zeigen, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger mit den Bäumen im eigenen Viertel identifizieren und sich für mehr Stadtgrün einsetzen. Dieses Engagement spiegelt sich jedoch nicht in der Anzahl der Baumpatenschaften wieder. Neben einer breiteren Öffentlichkeitsarbeit könnte auch eine bessere Kommunikation auf der Website der Stadt Halle (Saale) zur Bekanntheit des Projekts beitragen. Auf der Website der Stadt Halle (Saale) erhält man zwar einen Überblick über die Standorte der möglichen (sowie bestehenden) Baumpatenschaften. Diese Information wird allerdings in Form einer Liste unter Angabe von Standort und Baumart als PDF-Datei zur Verfügung gestellt. Andere Städte hingegen stellen Baumpatenschaften auf einer interaktiven Karte dar. Digitale Karten bieten die Möglichkeit Informationen im stadträumlichen Kontext darzustellen. Die Darstellung von Baumpflanzstandorten auf einer Karte ist dabei nutzungsfreundlicher als eine Listendarstellung. Es ist zu erwarten, dass eine Online-Karte ein größeres Potenzial zur Mobilisierung von Spendenwilligen birgt.

Daher regt die **Fraktion MitBürger & Die PARTEI** an, das Portal Baumpatenschaften um eine interaktive Karte zu erweitern, auf der freie und umgesetzte Patenschaften dargestellt werden.

Darüber hinaus empfehlen wir das Projekt in „Baumstifter“ oder „Baumspenden“ umzutaufen, handelt es sich doch um eine einmalige Spende, mit der keine weiteren Verpflichtungen entstehen.

Als Patenschaft hingegen wird üblicherweise die freiwillige Übernahme einer Fürsorgepflicht bezeichnet. Im Fall von Bäumen könnte das zum Beispiel bedeuten, dass die Baumscheibe gepflegt und bepflanzt sowie der Baum im Sommer gegossen wird.

Die Stadt Halle (Saale) ist deutschlandweit die Stadt mit der niedrigsten Niederschlagsmenge pro Jahr. Gerade in den Sommermonaten macht die Trockenheit den Bäumen in unserer Stadt zu schaffen. Im Paulusviertel ist eine Bürgerinitiative dahingehend aktiv geworden. Sie kümmern sich um die Bewässerung der Bäume rund um die Pauluskirche und planen ihr Engagement auf einer Website zu dokumentieren. Die **Fraktion MitBürger & Die PARTEI** regt an, dass die Stadt Halle (Saale) diese Idee aufgreift und stadtweit – losgelöst von Grünflächenpatenschaften – auch Baumpflegepatenschaften anbietet. Auch hier wäre eine Kartendarstellung der bestehenden Patenschaften sinnvoll.

Abschließend die Anregung, dass der Hinweis auf die Möglichkeit zur Sammelspende prominenter auf der Website der Stadt platziert wird. Bei einer Sammelspende sind Spenden unter 250 Euro möglich. Mehrere solche kleinere Spenden können zusammengefasst werden, um den notwendigen Spendenbetrag von 250 Euro pro Baum zu erhalten. Hier wäre z.B. auch eine stadtviertelbezogene Kampagne denkbar.

**zu 13.3 Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Aufbringung sogenannter „Haifischzähne“ oder von Wartelinien an den gleichrangigen Kreuzungen entlang der August-Bebel-Straße
Vorlage: VII/2019/00140**

An den gleichrangigen Kreuzungen entlang der August-Bebel-Straße kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen unterschiedlichen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern – auch wenn die Vorfahrt an gleichrangigen Kreuzungen klar geregelt ist.

Frau Dr. Burkert regt deshalb an, dass die Stadtverwaltung – ähnlich wie an anderen gleichrangigen Straßenkreuzungen (z. B. in der Heinrich-Pera-Straße oder der Lerchenfeldstraße) – Fahrbahnmarkierungen wie sogenannte „Haifischzähne“ oder Wartelinien an den Kreuzungen aufbringt, um die Gleichrangigkeit optisch noch einmal hervorzuheben und dadurch die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

**zu 13.4 Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Einführung von Tempo-30-Zonen, wenn Gleiskörper der Straßenbahn in die Fahrbahn eingebettet sind
Vorlage: VII/2019/00143**

Wenn die Gleiskörper der Straßenbahn in die Fahrbahn eingebettet sind, besteht insbesondere auch für Radfahrerinnen und Radfahrer ein erhöhtes Sicherheitsrisiko, da zumeist auch Querungen der Gleise erforderlich sind. Verschärft wird die Gefahrensituation in einigen Straßen zudem durch am Rand parkende Autos. In diesen Fällen müssen die Radfahrerinnen und Radfahrer häufig aus Platzgründen notgedrungen zwischen den Gleisen fahren. Ein bekanntes Beispiel ist die Geiststraße. In anderen Straßen wiederum ist der Zustand des Straßenbelags oder der Platten zwischen den Gleisen in Teils desaströsem Zustand (z. B. die Burgstraße oder die Große Brunnenstraße). Aber auch die Große Steinstraße, die Große Ulrichstraße, die Schmeerstraße, die Rannische Straße oder nicht zuletzt der Steinweg sind Beispiele.

Frau Dr. Burkert regt deshalb an, dass die Stadtverwaltung in diesen Straßen grundsätzlich Tempo-30-Zonen eingerichtet, um die Verkehrssicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer zu erhöhen.

**zu 13.5 Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Verkehrsführung in der Ludwig-Stur-Straße (Kreuzung Große Steinstraße)
Vorlage: VII/2019/00146**

Befährt man die Ludwig-Stur-Straße in südöstlicher Richtung trifft man auf die Große Steinstraße. Der Motorisierte Individualverkehr (MIV) kann an der Kreuzung nur nach rechts abbiegen und dem Straßenverlauf der Großen Steinstraße in Richtung Südwesten folgen. Vor diesem Hintergrund regt **Frau Dr. Burkert** an zu überprüfen, inwieweit für den MIV an dieser Stelle die Möglichkeit geschaffen werden kann, auch in nordöstlicher Richtung auf die Große Steinstraße einzubiegen.

Zudem wird unabhängig von dieser Prüfung angeregt, auf der Südseite der Großen Steinstraße an dieser Kreuzung einen Verkehrsspiegel zu installieren, um die Einsehbarkeit des Bereiches Große Steinstraße/Steintor zu verbessern.

zu 13.6 Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) für eine aktualisierte Neuauflage der Broschüre „Kommunalpolitik in Halle (Saale)“ aus dem Jahr 2018 für die VII. Wahlperiode des Stadtrates 2019-2024
Vorlage: VII/2019/00142

Im Jahr 2016 hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durch einen Antrag das Erstellen einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle auf den Weg gebracht (Vorlagen-Nummer: VI/2016/02196). Die Broschüre erschien schließlich im Frühjahr 2018. Durch die Kommunalwahl am 26.05.2019 haben sich u.a. die Zusammensetzung des Stadtrates sowie die Anzahl und die Zuständigkeiten der Ausschüsse geändert. Demnach ist die zuletzt vorgelegte Broschüre überarbeitungswürdig.

Vor diesem Hintergrund regt **Herr Eigendorf**:

1. eine aktualisierte Neuauflage der Broschüre „Kommunalpolitik in Halle“ an, die auf der vorherigen aufbaut.
2. die Fertigstellung bis Anfang 2020 an.
3. nach der Fertigstellung das Auslegen der Broschüre in ausreichender Anzahl im Rathof und den weiteren Verwaltungsstandorten im Stadtgebiet an. Ergänzend dazu soll die Broschüre auf der städtischen Internetseite bereitgestellt werden.

zu 13.7 Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Aufbringung einer Fahrradschleuse/einer vorgelagerten Haltelinie am Joliot-Curie-Platz
Vorlage: VII/2019/00144

Die Verkehrsführung für Radfahrerinnen und Radfahrer am Joliot-Curie-Platz – aus Richtung Steintor kommend und abbiegend in Richtung Hansering – wird aufgrund des abschüssigen Geländes und des in die Fahrbahn eingebetteten Gleiskörpers der Straßenbahn von verschiedenen Seiten kritisiert.

Herr Eigendorf regt deshalb an, dass für Radfahrerinnen und Radfahrer eine „Fahrradschleuse“ bzw. eine vorgezogene Haltelinie auf die Fahrbahn aufgebracht wird. Das würde die Sichtbarkeit von Radfahrerinnen und Radfahrern erhöhen und sie hätten einen „Vorsprung“ vor den Autos und könnten so sicherer die Gleise überqueren.

zu 13.8 Herr Schmidt zu Plastikherzen

Herr Schmidt regte an, die glänzenden Plastikherzen, die zum Anlass einer Hochzeit im Innenhof in die Luft geschmissen werden, durch Papierherzen zu ersetzen, da diese verrotten und die Umwelt nicht weiter beeinträchtigt wird.

zu 13.9 Herr Schöder zur Akustik im Sitzungssaal

Herr Schöder sagte, dass die Akustik im Sitzungssaal nicht optimal ist und viele Wortbeiträge akustisch nicht zu verstehen sind. Er regte an zu prüfen, wie die Akustik verbessert werden kann.

zu 13.10 Herr Schmidt zum Franckeplatz

Herr Schmidt regte an, dass die Polizei die Engstelle an der Straßenbahnhaltestelle am Franckeplatz (Höhe Bäckerei Schäfers) mehr bestreift, da hier oft Gefahrensituationen mit Radfahrern auftreten.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

zu 14.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) auf Akteneinsicht in das Sicherheitskonzept des diesjährigen Laternenfestes

Die Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 14.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Akteneinsicht in Fälle von Dienstaufsichts- und anderen Beschwerden Dritter innerhalb der Abteilung Allgemeiner Sozialer Dienst – Sozialpädagogische Leistungen des Fachbereichs Bildung

Die Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 14.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Akteneinsicht in Verwaltungsunterlagen zu wasserrechtlichen Erlaubnissen für die Entnahme von Oberflächenwasser aus dem Hufeisensee

Die Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 14.4 Antrag der CDU-Fraktion auf Akteneinsicht gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) und seiner Ausschüsse Vorlage: VII/2019/00242

Die Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 14.5 Antrag der CDU-Fraktion auf Akteneinsicht gemäß § 17 der
Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) und seiner
Ausschüsse
Vorlage: VII/2019/00243**

Die Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 14.6 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI auf Akteneinsicht in
Unterlagen zum Altlasten-Monitoring am Hufeisensee**

Die Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 14.7 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI auf Akteneinsicht zum
Bewässerungsplan für die Straßenbäume und Grünflächen**

Die Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer

Nachtrag

zur öffentlichen Niederschrift der 1. Sitzung des Stadtrates vom 28.08.2019

Einwohnerfragestunde – Herr Gadde zum Orgacid-Gelände Ammendorf

Einwendung der CDU-Stadtratsfraktion Halle

Herr Gadde fragte nach dem weiteren Verfahren zum Orgacid-Gelände, speziell zur Grundwasserreinigungsanlage **und ob die Stadt Erkenntnisse über gesundheitliche Schäden und Spätfolgen im Zusammenhang mit dem Orgacid-Gelände bei Anwohnern hat? Außerdem fragte er, ob es Studien dazu gibt?**

Herr Rebenstorf antwortete, dass eine gutachterliche Untersuchung beauftragt wird. Die Ergebnisse werden frühestens im Frühjahr 2020 vorliegen.

Herr Johannemann ergänzte, dass die Grundwasserreinigungsanlage auf dem Grundstück des Orgacid-Geländes steht, weil diese Fläche verfügbar war. Dort wird das chlorkohlenwasserstoffhaltige Grundwasser gereinigt.

Anfrage Frau Krischok zu Beschwerden im Bereich „Am Grünen Feld“

Einwendung der Stadträtin Frau Krischok

Punkt 12.1 am Anfang bitte ergänzen:

Frau Krischok zog die Anfrage zurück, da die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung erfolgt ist und dieser damit am 12. September 2019 stattfindet.